**Bei Abweichungen zwischen den verschiedenen Sprachfassungen ist die englische Fassung maßgeblich**



**Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV)**

**Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen**

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zum Schutz und zur Förderung der Werte der Union

(CERV-2022-CITIZENS-VALUES)

**Version 1.0**

**16. Dezember 2021**

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| **ÄNDERUNGSPROTOKOLL** | | | |
| **Version** | **Datum der Veröffentlichung** | **Änderung** | **Seite** |
| 1.0 | 16.12.2021 | * Ursprüngliche Version (neuer mehrjähriger Finanzrahmen) |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |

|  |  |
| --- | --- |
| Logo of the European Commission, 12 yellow stars on a blue background arranged in a circle and framed by two light grey graphic elements representing the Berlaymont building, which is the headquarter of the European Commission. | EUROPÄISCHE EXEKUTIVAGENTUR  FÜR BILDUNG UND KULTUR (EACEA)  EACEA.B – Kreativität, Bürgerschaft und gemeinsame Aktionen  **EACEA.B.3 – Europa für Bürgerinnen und Bürger** |

**AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN**

**INHALTSVERZEICHNIS**

[0. Einleitung 5](#_Toc94604750)

[1. Hintergrund 6](#_Toc94604751)

[2. Zielsetzungen – Themen und Schwerpunkte – Förderfähige Maßnahmen – Erwartete Auswirkungen 7](#_Toc94604752)

[Zielsetzungen 7](#_Toc94604753)

[Themen und Schwerpunkte (Gegenstandsbereich) 8](#_Toc94604754)

[Erwartete Auswirkungen 14](#_Toc94604755)

[3. Verfügbare Mittel 14](#_Toc94604756)

[4. Zeitplan und Fristen 14](#_Toc94604757)

[5. Zulässigkeit und Unterlagen 14](#_Toc94604758)

[6. Förderfähigkeit 16](#_Toc94604759)

[Förderfähige Teilnehmer (förderfähige Länder) 16](#_Toc94604760)

[Zusammensetzung des Konsortiums 17](#_Toc94604761)

[Förderfähige Maßnahmen 17](#_Toc94604762)

[Finanzielle Unterstützung für Dritte 18](#_Toc94604763)

[Geografischer Standort (Zielländer) 18](#_Toc94604764)

[Dauer 18](#_Toc94604765)

[Projektmittel 18](#_Toc94604766)

[Ethik und Werte der Europäischen Union 18](#_Toc94604767)

[7. Finanzielle und operative Leistungsfähigkeit und Ausschluss 19](#_Toc94604768)

[Finanzielle Leistungsfähigkeit 19](#_Toc94604769)

[Operative Leistungsfähigkeit 20](#_Toc94604770)

[Ausschluss 20](#_Toc94604771)

[8. Bewertungs- und Vergabeverfahren 21](#_Toc94604772)

[9. Vergabekriterien 22](#_Toc94604773)

[10. Rechtlicher und finanzieller Aufbau der Finanzhilfevereinbarungen 24](#_Toc94604774)

[Projektbeginn und Projektdauer 24](#_Toc94604775)

[Meilensteine und zu erbringende Leistungen 25](#_Toc94604776)

[Form der Finanzhilfe, Finanzierungssatz und maximaler Finanzhilfebetrag 26](#_Toc94604777)

[Haushaltskategorien und Regeln für die Förderfähigkeit der Kosten 26](#_Toc94604778)

[Berichterstattung und Zahlungsmodalitäten 28](#_Toc94604779)

[Vorfinanzierungsgarantien 28](#_Toc94604780)

[Bescheinigungen 29](#_Toc94604781)

[Haftungsregelung für Rückforderungen 29](#_Toc94604782)

[Bedingungen in Bezug auf die Projektdurchführung 29](#_Toc94604783)

[Sonstige Besonderheiten 29](#_Toc94604784)

[Verstöße gegen die Vorschriften und Vertragsbruch 29](#_Toc94604785)

[11. Antragseinreichung 30](#_Toc94604786)

[12. Hilfe 31](#_Toc94604787)

[13. Wichtig 32](#_Toc94604788)

# Einleitung

Dies ist eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für **maßnahmenbezogene Finanzhilfe** im Bereich der Werte der Union im Rahmen des **Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV)**. Der Regelungsrahmen für dieses Förderprogramm der EU ist hier festgelegt:

* Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 ([EU-Haushaltsordnung](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:32018R1046&qid=1535046024012)),
* Basisrechtsakt (Verordnung [2021/692](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:32021R0692&qid=1621199407469)[[1]](#footnote-2)).

Die Aufforderung ergeht nach Maßgabe des Arbeitsprogramms 2021–2022[[2]](#footnote-3) und wird von der **Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA)** (im Folgenden „Exekutivagentur“) verwaltet.

Die Aufforderung betrifft folgendes **Thema**:

* **CERV-2022-CITIZENS-VALUES**

Wir bitten Sie, die **Dokumentation zur Aufforderung** sorgfältig zu lesen, insbesondere dieses Aufforderungsdokument, die Musterfinanzhilfevereinbarung, das [Online-Handbuch des EU-Förder- und Ausschreibungsportals](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/om_en.pdf) und die [EU-Finanzhilfevereinbarung AGA – Kommentierte Finanzhilfevereinbarung](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/aga_en.pdf).

Diese Dokumente enthalten Erläuterungen und Antworten auf Fragen, die Sie möglicherweise bei der Ausarbeitung Ihres Antrags haben:

* Im Aufforderungsdokument wird in Grundzügen Folgendes beschrieben:
  + Hintergrund, Zielsetzungen, Umfang, förderfähige Maßnahmen und die erwarteten Ergebnisse (Abschnitte 1 und 2)
  + Zeitplan und verfügbare Mittel (Abschnitte 3 und 4)
  + Zulässigkeits- und Förderfähigkeitsbedingungen (einschließlich zwingend vorgeschriebener Unterlagen; Abschnitte 5 und 6)
  + Kriterien für finanzielle und operative Leistungsfähigkeit und Ausschluss (Abschnitt 7)
  + Bewertungs- und Vergabeverfahren (Abschnitt 8)
  + Vergabekriterien (Abschnitt 9)
  + rechtlicher und finanzieller Aufbau der Finanzhilfevereinbarungen (Abschnitt 10)
  + Antragseinreichung (Abschnitt 11)
* Im [Online-Handbuch](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/om_en.pdf) wird in Grundzügen Folgendes dargelegt:
  + Online-Verfahren zur Registrierung und Einreichung von Vorschlägen über das Förder- und Ausschreibungsportal der EU (im Folgenden „Portal“)
  + Empfehlungen für die Ausarbeitung des Antrags
* Die Vereinbarung [AGA – Kommentierte Finanzhilfevereinbarung –](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/aga_en.pdf) enthält:
* detaillierte Anmerkungen zu allen Bestimmungen der Finanzhilfevereinbarung, die Sie unterzeichnen müssen, um die Finanzhilfe zu erhalten (einschließlich förderfähiger Kosten, Zahlungsplan, Nebenauflagen usw.).

Ferner empfehlen wir Ihnen, sich auf der [Website mit den Projektergebnissen zu dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“](https://ec.europa.eu/programmes/europe-for-citizens/projects/) und der [Website mit den Ergebnissen des Programms „REC“](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/projects-results;programCode=REC) sowie im [Daphne-Toolkit](https://ec.europa.eu/justice/grants/results/daphne-toolkit/daphne-toolkit-%E2%80%93-active-resource-daphne-programme_en) über die Liste der bislang geförderten Projekte zu informieren.

# Hintergrund

Das Ziel der EU besteht darin, den Frieden und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern. Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Menschen, die Minderheiten angehören.[[3]](#footnote-4) Der Schutz der Werte der EU setzt einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz voraus. Der Zivilgesellschaft kommt eine Schlüsselrolle bei der Wahrung der gemeinsamen Werte zu, auf die sich die EU gründet: Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Demokratie. Die Organisationen der Zivilgesellschaft fungieren als Förderer der Werte der EU und als Wächter, die die Einhaltung der demokratischen Werte in der EU überwachen und gemeinsam mit unabhängigen Gerichten, Medien und anderen Interessenträgern zu einer gegenseitigen Kontrolle beitragen. Die EU ist bestrebt, ein förderliches Umfeld für zivilgesellschaftliche Organisationen zu schaffen, die sich in allen Mitgliedstaaten für die Förderung und den Schutz der Werte der EU einsetzen und dabei die in den Verträgen und in der EU-Charta der Grundrechte (im Folgenden „Charta“) verankerten Werte und Rechte uneingeschränkt wahren.

Für viele Organisationen der Zivilgesellschaft ist es schwierig, die Mittel zu erhalten, die sie für die unabhängige und wirkungsvolle Entwicklung und Durchführung ihrer Maßnahmen benötigen. Die COVID-19-Krise hat die Lage weiter verschärft und einige traditionelle Einnahmequellen beeinträchtigt. Obgleich die am stärksten gefährdeten Gruppen, wie Kinder, ältere Menschen, ethnische Minderheiten, insbesondere Roma, LGBTIQ-Personen, Menschen mit Behinderungen und andere Gruppen, sowie Frauen im Allgemeinen am stärksten von der COVID-19-Pandemie betroffen waren, konnten sich viele dennoch auf die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen verlassen.[[4]](#footnote-5) Gleichzeitig kann die Achtung der Werte der EU und der Grundrechte in den EU-Mitgliedstaaten nicht als selbstverständlich angesehen werden.

Die Kommission überwacht die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, einschließlich des Rahmens für die Zivilgesellschaft, in ihrem Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit [[5]](#footnote-6)und berichtet jedes Jahr über die Anwendung der Charta[[6]](#footnote-7) und nutzt die im Vertrag vorgesehenen Möglichkeiten, um die Einhaltung des Unionsrechts im Bereich der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen. Der Bericht zur Unionsbürgerschaft 2020[[7]](#footnote-8) konzentriert sich unter anderem auf die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung, die bürgerschaftliche Beteiligung und die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in der EU durch verschiedene Maßnahmen, darunter auch durch die Finanzierung von Projekten zur unabhängigen Wahlbeobachtung. Der Aktionsplan für Demokratie in Europa[[8]](#footnote-9) sieht Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der europäischen Demokratien vor, darunter auch Maßnahmen zum Schutz von Journalisten und zum Schutz der Zivilgesellschaft vor strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (Strategic Lawsuits against Public Participation, SLAPP). Der Aktionsplan der Kommission für Integration und Inklusion für den Zeitraum 2021–2027[[9]](#footnote-10) legt Maßnahmen zum Aufbau von Gesellschaften mit stärkerem Zusammenhalt und mehr Inklusion für alle fest. Die EU-Strategie für Menschen mit Behinderungen 2021–2030[[10]](#footnote-11) sieht weitere Maßnahmen vor, um das Leben von Menschen mit Behinderungen zu verbessern, unter anderem durch die Unterstützung einer inklusiven demokratischen Mitbestimmung. Zudem legte die Kommission im November 2021 ein Maßnahmenpaket zum Schutz der Integrität von Wahlen und zur Förderung einer inklusiven demokratischen Mitbestimmung und einer offenen demokratischen Debatte vor. Darüber hinaus hat der Rat einigen Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Semesters[[11]](#footnote-12) empfohlen, die Unabhängigkeit der Justiz oder den Rahmen für die Korruptionsbekämpfung zu stärken oder den Zugang zu öffentlichen Informationen zu verbessern und wirksame öffentliche Konsultationen sicherzustellen.

# Zielsetzungen – Themen und Schwerpunkte – Förderfähige Maßnahmen – Erwartete Auswirkungen

### Zielsetzungen

Das übergeordnete Ziel der vorliegenden Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen besteht darin, die Grundrechte und Werte der EU zu schützen, zu fördern und das Bewusstsein für diese Rechte und Werte zu schärfen, indem lokale, regionale und/oder nationale Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt und ihre Kapazitäten ausgebaut werden, wodurch auch die wirksame Anwendung der Charta und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in der EU gestärkt werden.

**Der Zweck dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen besteht darin, eine begrenzte Anzahl von zwischengeschalteten Stellen in möglichst vielen Mitgliedstaaten auszuwählen und zu unterstützen, die in der Lage sind, die Kapazitäten einer großen Anzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die auf lokaler, regionaler und/oder nationaler Ebene in den vom Programm CERV abgedeckten Bereichen tätig sind, auch durch finanzielle Unterstützung aufzubauen.**

**Kontakt zu kleinen zivilgesellschaftlichen Basisorganisationen in abgelegenen oder ländlichen Gebieten**: Die zwischengeschalteten Stellen sollten kleinen Basisorganisationen in abgelegenen oder ländlichen Gebieten, die in der Regel über begrenztere Kapazitäten und Finanzierungsquellen verfügen, Vorrang einräumen.

Unter einer **zivilgesellschaftlichen Organisation** ist eine Organisationsstruktur zu verstehen, deren Mitglieder im Rahmen eines demokratischen Prozesses dem Gemeinwohl dienen und die eine Vermittlerrolle zwischen staatlichen Behörden und Bürgern einnimmt.[[12]](#footnote-13) Nach Auffassung der EU gehören zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen alle nichtstaatlichen, gemeinnützigen, überparteilichen und gewaltfreien Strukturen, die die Grundrechte und Werte, auf denen die EU gründet, fördern und schützen.[[13]](#footnote-14)

### Themen und Schwerpunkte (Gegenstandsbereich)

Mit der vorliegenden Aufforderung sollen die folgenden Schwerpunkte verfolgt werden:

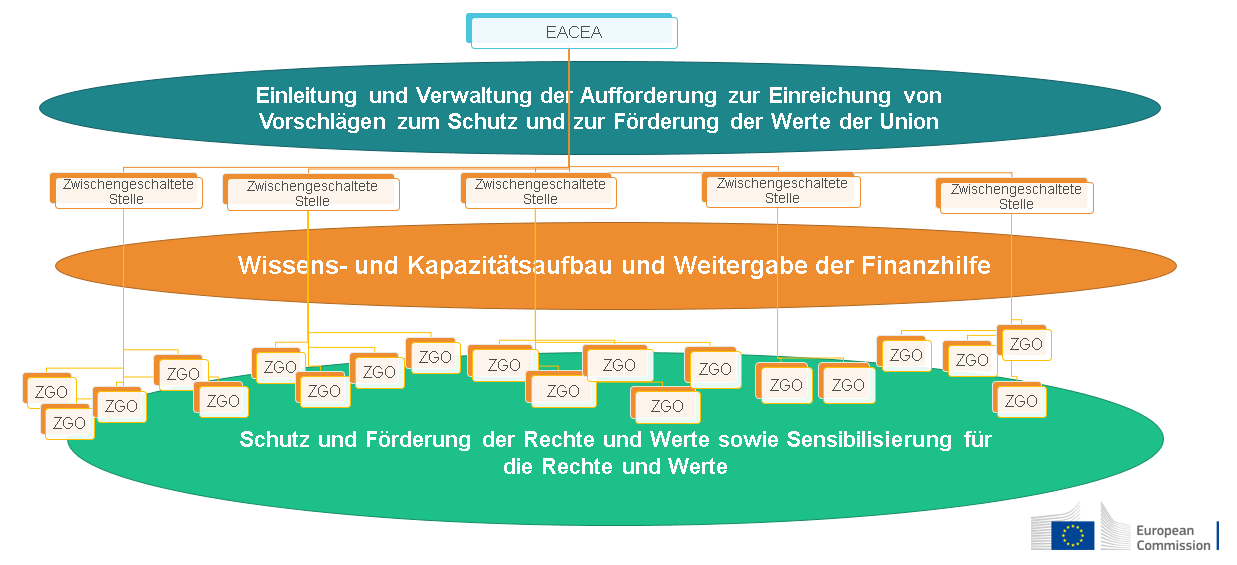
* Sensibilisierung für Rechte und Werte durch Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen;
* Stärkung des Schutzes und der Förderung der Werte der Union, einschließlich der Achtung der Rechtsstaatlichkeit;
* Beitrag zu den demokratischen Werten, einschließlich durch Unterstützung des Dialogs, der Transparenz und der verantwortungsvollen Staatsführung, auch in Fällen, in denen der Raum für die Zivilgesellschaft kleiner wird.

Die Anträge müssen die Bereitstellung finanzieller Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen vorsehen, die auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene tätig sind, die Grundrechte und die Werte der EU fördern und schützen und die Maßnahmen in den vom Programm CERV abgedeckten Bereichen durchführen.

Die EU-Finanzierung sollte dazu beitragen, unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die Förderung und den Schutz der Werte und Grundrechte der EU einsetzen und deren Maßnahmen zur strategischen Durchsetzung der Rechte aus dem Unionsrecht und der Charta beitragen, zu unterstützen, zu stärken und ihre Kapazitäten auszubauen.

Die Vorschläge sollten auf einer gründlichen Bewertung der Landschaft der zivilgesellschaftlichen Organisationen (in dem/den betreffenden Land/Ländern), der Herausforderungen, denen sie gegenüberstehen, und ihrer Bedürfnisse beruhen und diese berücksichtigen.

Nachstehend finden Sie eine vorläufige Darstellung des Bewilligungsverfahrens.



*Förderfähige Maßnahmen (Anwendungsbereich)*

Die geförderten Maßnahmen müssen den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrechte und der Demokratie entsprechen und diese fördern. Die Vorschläge müssen beide Kategorien von Maßnahmen umfassen:

* **Finanzielle Unterstützung für Dritte (zivilgesellschaftliche Organisationen)** durch zwischengeschaltete Stellen
* **Kapazitätsaufbau für zivilgesellschaftliche Organisationen**

Weitere maßgebliche und innovative Maßnahmen können in Betracht gezogen werden.

1. **Finanzielle Unterstützung für Dritte (zivilgesellschaftliche Organisationen)** durch zwischengeschaltete Stellen

Die finanzielle Unterstützung für Dritte wird als wesentlich für die Erreichung des Ziels dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen angesehen und muss sich in der Haushaltsverteilung angemessen widerspiegeln.

Im Einklang mit der vorliegenden Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und insbesondere mit den in diesem Abschnitt genannten Bedingungen und Einschränkungen müssen die Antragsteller im Rahmen dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen Folgendes festlegen und in ihrem Vorschlag beschreiben:

* 1. die Ziele und Ergebnisse, die Dritte mit der finanziellen Unterstützung erreichen sollen und die mit den Zielen und Prioritäten dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in Einklang stehen müssen;
  2. den Höchstbetrag, der gewährt werden kann, und die Kriterien zur Bestimmung des genauen Betrags der finanziellen Unterstützung für jeden Dritten;
  3. die Arten von Organisationen, die eine finanzielle Unterstützung erhalten können;
  4. die verschiedenen Arten von Maßnahmen, die auf der Grundlage einer festgelegten Liste für eine finanzielle Unterstützung infrage kommen;
  5. das Verfahren zur Bewertung dieser Dritten und zur Gewährung der finanziellen Unterstützung, die Auswahl- und Vergabekriterien;
  6. die Kommunikationsinstrumente und -kanäle, über die sie die Kontaktaufnahme zu potenziellen Dritten sicherstellen.

Die obligatorischen Bedingungen für die Gewährung der finanziellen Unterstützung (siehe vorstehende Ziffern i) bis vi)) werden in der Finanzhilfevereinbarung zwischen der zwischengeschalteten Stelle und der Kommission genau festgelegt.

**Auswahl von Dritten für die finanzielle Unterstützung: Vergabekriterien und Bewertungsverfahren**

Vom Antragsteller wird erwartet, dass er das Verfahren und die Kriterien beschreibt, mit denen er sicherstellt, dass er die geeigneten Organisationen auswählt, insbesondere im Hinblick auf die Achtung der Werte der EU.

Bei der Veröffentlichung von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für die Gewährung finanzieller Unterstützung können die zwischengeschalteten Stellen ihre eigenen Verfahren anwenden, sofern diese Verfahren den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit, der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung, der Gleichbehandlung und der Nichtdiskriminierung entsprechen. Sie sollten auch darauf ausgelegt sein, den Verwaltungsaufwand für Dritte zu verringern, und zugleich eine wirtschaftliche Haushaltsführung gewährleisten.

Die zwischengeschalteten Stellen müssen durch eine angemessene Veröffentlichung der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für Transparenz sorgen und Interessenkonflikte während des gesamten Vergabeverfahrens vermeiden. Sie müssen dies in ihrem Antrag eindeutig nachweisen und während der gesamten Projektlaufzeit darüber berichten.

Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen sollten in den für den lokalen Kontext relevanten EU-Sprachen veröffentlicht werden und müssen mindestens zwei Monate lang offen bleiben. Auch unbefristete Aufforderungen, bei denen sich zivilgesellschaftliche Organisationen jederzeit bewerben können, sind möglich.

Antragsteller, die finanzielle Unterstützung für Dritte beantragen, sollten die Möglichkeit haben, ihre Anträge in der Sprache der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen einzureichen.

Die Antragsformulare und -verfahren sollten auf die technischen Möglichkeiten und Verwaltungskapazitäten der lokalen Organisationen in den jeweiligen Ländern zugeschnitten sein. Die zwischengeschalteten Stellen könnten ein zweistufiges Auswahlverfahren vorsehen, damit zivilgesellschaftliche Organisationen mit geringeren Kapazitäten Unterstützung erhalten und ihre Ideen besser zu vollwertigen Projekten entwickeln können.

Die zwischengeschalteten Stellen sollten die Antragsteller bei der Ausarbeitung der Anträge unterstützen (Informationsveranstaltungen vor der Antragstellung, Helpdesk usw.) und dabei die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Vermeidung von Interessenkonflikten beachten. Sie sollten ein einheitliches Bewertungsverfahren anwenden und sicherstellen, dass die Vorschläge auf die gleiche Weise bewertet werden, unabhängig davon, welcher Partner des vermittelnden Konsortiums[[14]](#footnote-15) die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen organisiert.

Die zwischengeschalteten Stellen müssen die Ergebnisse der Aufforderung(en) auf ihren Websites veröffentlichen, einschließlich einer Beschreibung der ausgewählten Projekte, der Vergabedaten, der Projektlaufzeiten, der juristischen Bezeichnungen der Endempfänger und der Länder, in denen sie niedergelassen sind. Der vorläufige Zeitplan für diese Veröffentlichung beträgt zwei Monate nach Ablauf der Einreichungsfrist für die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen bzw. dem entsprechenden Datum für unbefristete Aufforderungen.

**Finanzielle Unterstützung für Dritte: Haushaltsmittel, Laufzeit und Ort der Durchführung**

* Der Höchstbetrag der finanziellen Unterstützung für Dritte beträgt 60 000 EUR.

Antragsteller, die eine finanzielle Unterstützung für Dritte beantragen, sollten die Möglichkeit haben, vereinfachte Kostenoptionen und insbesondere Pauschalbeträge zu nutzen.

* Die von Dritten durchgeführten Maßnahmen müssen in den EU-Mitgliedstaaten (einschließlich der überseeischen Länder und Gebiete (ÜLG)) und während des Durchführungszeitraums der Finanzhilfe durchgeführt werden. Nur Kosten, die während dieses Zeitraums anfallen, können als förderfähig angesehen werden.[[15]](#footnote-16)

**Arten von Organisationen/Dritten, die finanzielle Unterstützung erhalten können:**

Um für eine finanzielle Unterstützung infrage zu kommen, muss der **Dritte**:

* seinen Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (einschließlich der überseeischen Länder und Gebiete (ÜLG)) haben;
* keinen Erwerbszweck verfolgen und eine Organisation der Zivilgesellschaft sein;
* die Grundrechte und Werte, auf die sich die EU gründet, achten.

Natürliche Personen sind NICHT förderfähig (mit Ausnahme von Selbstständigen, d. h. Einzelunternehmern, deren Unternehmen keine von der natürlichen Person getrennte Rechtspersönlichkeit besitzt).

Bei den Dritten handelt es sich weder um verbundene Unternehmen (der zwischengeschalteten Stelle) noch um Gesellschafter oder Auftragnehmer.

**Maßnahmen, die von Dritten durchgeführt werden**

Die folgende Liste von Maßnahmen ist nicht erschöpfend; es können andere bedeutsame und innovative Maßnahmen in Betracht gezogen werden:

* **Sensibilisierung und Verbreitung der Rechte und Werte gemäß den EU-Verträgen und der Charta** in der breiten Öffentlichkeit und bei wichtigen Akteuren wie politischen und rechtsetzenden Entscheidungsträgern, Angehörigen der Rechtsberufe und der Justiz; Kommunikation und Information der Öffentlichkeit über soziale Medien;
* Organisation von **Bürgerplattformen und Bürgerdialogen**, die sich mit den Rechten und Werten der EU befassen;
* **Koalitionen und Partnerschaften zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen**; Koordinierung und strategische Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen Interessenträgern, öffentlichen oder privaten Einrichtungen;
* Bereitstellung von **kostenlosen Beratungs-, Überwachungs- und Kontrolltätigkeiten** in Bezug auf die Unionspolitik und die Rechte und Werte gemäß den EU-Verträgen und der Charta;
* **Förderung der Umsetzung von verabschiedeten Gesetzen**, Verordnungen und Gerichtsurteilen;
* **Lobbying/Interessenvertretung** zur Beeinflussung von Politikgestaltung und Entscheidungsprozessen, einschließlich der Überarbeitung/Aktualisierung/Annahme politischer Maßnahmen und Rechtsvorschriften;
* **Forschung und Analyse** als Grundlage für die Politikgestaltung auf EU-Ebene und nationaler Ebene, Entwicklung von Instrumenten und Normen zur Förderung der Werte der EU;
* **Bereitstellung von Unterstützungsdiensten** für die Zielgruppe, z. B. Opferhilfe, Aus- und Weiterbildung.

Maßnahmen zu strategischen Rechtsstreitigkeiten können gefördert werden, wenn sie sich auf den Kapazitätsaufbau, Sensibilisierungsmaßnahmen, Aus- und Weiterbildung, gegenseitiges Lernen und den Austausch bewährter Verfahren sowie analytische Maßnahmen beschränken.

1. **Kapazitätsaufbau für zivilgesellschaftliche Organisationen** (durch zwischengeschaltete Stellen) durch:

* **technische und methodische Unterstützung** bei der Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der zivilgesellschaftlichen Organisationen (z. B. Helpdesk während der Antragsphase, Unterstützung bei Überwachung und Berichterstattung);
* **Aus- und Weiterbildung und Aufbau der Kapazitäten und der Nachhaltigkeit** von zivilgesellschaftlichen Organisationen (z. B. durch Coaching zur Stärkung des strategischen Denkens und der Managementkapazitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen, Schulungen zur Mittelbeschaffung, Schulungen zu Methoden im Bereich der Überwachung und Interessenvertretung, Seminare zur Kommunikation, u. a. über soziale Medien und das Erstellen von Videos, oder Stärkung der Politikforschung und -analyse);
* **thematische Schulungen für zivilgesellschaftliche Organisationen** zum EU-Recht und zur EU-Politik sowie zu den Rechten und Werten, die in den EU-Verträgen, der Charta und den geltenden internationalen Menschenrechtskonventionen verankert sind; dieser Tätigkeitsbereich ist obligatorisch.
* **Sensibilisierung der zivilgesellschaftlichen Organisationen** für die Rechtsstaatlichkeit und die Kultur der Grundrechte in der EU und ihren Mitgliedstaaten;
* **Förderung und Erleichterung der Vernetzung** von zivilgesellschaftlichen Organisationen untereinander und mit einschlägigen Interessenträgern im Hinblick auf die Förderung und den Schutz der Grundrechte und Werte in der EU.

Der Kapazitätsaufbau sollte als ein Konzept angenommen werden, das über die herkömmliche Auffassung von Aus- und Weiterbildung hinausgeht. Der Kapazitätsaufbau sollte fortlaufend durchgeführt werden und mit dem Konzept der lernenden Organisationen verknüpft sein. Das Konzept des Lernens beinhaltet ständige Veränderungen und Experimente durch Rückkopplung von Prozessen und Ergebnissen, die Veränderung individueller und organisatorischer Praktiken und Werte sowie die Anpassung von Strukturen, um Veränderungen bewältigen zu können. Daher sollten die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau den Mehrwert oder die kumulative Wirkung der durchzuführenden Maßnahmen veranschaulichen. Sie sollten auf dem Wissensaustausch zwischen den Partnerorganisationen durch Mentoring, Coaching und berufsbegleitende Weiterbildung beruhen. Die Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau müssen ergebnisorientiert und nachhaltig sein, und sie sollen die Fähigkeit der Organisationen stärken, wirksamere Entscheidungen zu treffen, eine aktivere Rolle einzunehmen und die volle Verantwortung für die Folgen von Entscheidungen zu übernehmen. Die Bewertung des Bedarfs für den Aufbau von Kapazitäten sollte auch eine Analyse der Gleichstellung der Geschlechter umfassen. Die Ergebnisse dieser Analyse sollten in die Gestaltung und Durchführung der Projektarbeiten einfließen. Die Maßnahmen sollten für Frauen und Männer gleichermaßen zugänglich sein.[[16]](#footnote-17) Ebenso muss der Antragsteller bei der inhaltlichen Gestaltung der Maßnahmen gegebenenfalls die unterschiedlichen Situationen und Bedingungen für Frauen und Männer (oder. Mädchen und Jungen) berücksichtigen.

***Verwaltungs- und Kontrollsystem***

Der Antragsteller sollte ein solides Verwaltungs- und Kontrollsystem einrichten und in seinem Finanzhilfeantrag beschreiben, um die Einhaltung der Grundsätze der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit sicherzustellen. Es muss insbesondere Folgendes umfassen:

* den Aufbau des **Projektmanagements** und der Projektüberwachung;
* die **Verfahren der zwischengeschalteten Stelle für die Auswahl dritter zivilgesellschaftlicher Organisationen** und die Verfahren für die Gewährung von Finanzhilfe;
* das System der zwischengeschalteten Stelle zur Verhinderung, Aufdeckung, Entschärfung, Meldung und Behebung mutmaßlicher oder tatsächlicher Interessenkonflikte bei den Auswahlverfahren;
* das System der zwischengeschalteten Stelle zur Verhinderung, Entschärfung, Aufdeckung, Meldung und Behebung mutmaßlicher oder tatsächlicher **Unregelmäßigkeiten** und Betrugsfälle sowie anderer Fälle, wie sie in Artikel 136 der EU-Haushaltsordnung[[17]](#footnote-18) beschrieben sind;
* das System der zwischengeschalteten Stelle zur Verhinderung, Entschärfung, Aufdeckung, Meldung und Behebung von **Risiken für die wirksame Durchführung** des Projekts und die Erreichung der erwarteten Ergebnisse;
* das System der zwischengeschalteten Stelle zur Verhinderung, Entschärfung, Aufdeckung, Meldung und Behebung von **Reputationsrisiken**.

In Bezug auf Reputationsrisiken im Zusammenhang mit der Nichteinhaltung der Werte der EU durch die zivilgesellschaftlichen Organisationen/Drittparteien muss die zwischengeschaltete Stelle im Finanzhilfeantrag darlegen, wie sie sicherstellen will, dass ihre Finanzhilfeempfänger nicht:

* gegen die Werte der Union verstoßen
* Werte gefördert haben, die im Widerspruch zu den Werten der Union stehen
* sich an Maßnahmen beteiligen, die den Werten der Union zuwiderlaufen

Darüber hinaus können die zwischengeschalteten Stellen in ihren Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen verlangen, dass der Begünstigte eine entsprechende ehrenwörtliche Erklärung unterzeichnet. Aus der Erklärung sollte hervorgehen, dass der (potenzielle) Begünstigte bei Verstößen mit Ausschluss, Verwaltungssanktionen oder Streichung der Fördermittel rechnen muss.

Die zwischengeschalteten Stellen müssen eine Due-Diligence-Prüfung durchführen, wenn sie begründete Zweifel daran haben, dass eine Organisation ihre erklärten Ziele nicht einhält/nicht einhalten wird[[18]](#footnote-19). Die zwischengeschaltete Stelle sollte erläutern, wie ihre Bewertungsverfahren das erforderliche Fachwissen einbeziehen, um sicherzustellen, dass nur Organisationen, die für die Werte der EU eintreten, für Finanzhilfen infrage kommen.

***Berichterstattung***

Der Antragsteller sollte einen Mechanismus für die Berichterstattung einrichten und in seinem Finanzhilfeantrag beschreiben, um die folgenden Anforderungen an die Berichterstattung zu erfüllen:

* Berichterstattung an die Europäische Kommission über die **Erreichung des Erfolgs und der Ergebnisse** des Projekts und der Projekte durch die dritten zivilgesellschaftlichen Organisationen;
* Übermittlung **standardisierter Informationen** zu jedem Projekt der dritten zivilgesellschaftlichen Organisation (siehe Abschnitt 10 Meilensteine und zu erbringende Leistungen);
* Erfassung und Überprüfung von Berichten über die **Durchführung und den Abschluss von Projekten dritter zivilgesellschaftlicher Organisationen**;
* Beantwortung von **kurzfristigen Auskunftsverlangen** der Europäischen Kommission.

Der Antragsteller sollte im Finanzhilfeantrag erläutern, auf welche Weise und wie häufig er beabsichtigt, die Projekte Dritter zu überwachen, z. B. durch Besuche von Projekten „vor Ort“, durch Beratungs- und Unterstützungsangebote oder durch Telefon- oder Videoanrufe, und ob er finanzielle, risikobezogene oder andere Kriterien für die Intensität der Überwachung heranziehen wird und welche Standardschwellen für eine intensivere Überwachung gelten.

### Erwartete Auswirkungen

1. Stärkung der Kapazitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für den Schutz und die Förderung der Rechte und Werte der EU einsetzen;
2. ein förderlicheres Umfeld für zivilgesellschaftliche Organisationen;
3. effektivere, rechenschaftspflichtige und nachhaltige Organisationen der Zivilgesellschaft;
4. eine bessere Wahrnehmung der Überwachungs- und Interessenvertretungsfunktion durch zivilgesellschaftliche Organisationen;
5. stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit an zivilgesellschaftlichen Maßnahmen;
6. verstärkte Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an der Politikgestaltung und an Entscheidungsprozessen der lokalen, regionalen und nationalen Verwaltungen;
7. stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Rechte und Werte der EU;
8. Stärkung der Handlungskompetenz gefährdeter Gruppen;
9. verstärkte regionale Zusammenarbeit innerhalb der Zivilgesellschaft.

# Verfügbare Mittel

Die verfügbaren Mittel für die Aufforderung belaufen sich auf **51 000 000 EUR**.

Wir behalten uns das Recht vor, in Abhängigkeit von den eingegangenen Vorschlägen und den Ergebnissen der Bewertung, nicht alle verfügbaren Mittel zu vergeben.

# Zeitplan und Fristen

|  |  |
| --- | --- |
| **Zeitplan und Fristen (Richtwerte)** | |
| Eröffnung der Aufforderung: | 16. Dezember 2021 |
| Frist für die Einreichung: | 29. März 2022, 17.00 Uhr MEZ (Brüssel) |
| Bewertung: | April – Juni 2022 |
| Mitteilung der Bewertungsergebnisse: | Juni 2022 |
| Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung: | Juni – September 2022 |

# Zulässigkeit und Unterlagen

Die Vorschläge müssen vor **Ablauf der Einreichungsfrist** eingehen *(siehe Zeitplan Abschnitt 4)*.

Die Vorschläge sind **elektronisch** über das elektronische System für die Einreichung von Vorschlägen des Förder- und Ausschreibungsportals einzureichen (Zugang über*:* Themenseite im Abschnitt [Suche Förderung und Ausschreibungen](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;freeTextSearchKeyword=;typeCodes=0,1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programCode=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;crossCuttingPriorityCode=null;callCode=Default;sortQuery=openingDate;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=topicSearchTablePageState)). Eine Einreichung in Papierform ist NICHT möglich.

Vorschläge (einschließlich Anhänge und Nachweise) müssen unter Verwendung der *im* Einreichungssystem bereitgestellten Formulare eingereicht werden ( NICHT die auf der Themenseite verfügbaren Dokumente – sie dienen nur der Information).

Die Vorschläge müssen **vollständig** sein und alle verlangten Angaben sowie alle vorgeschriebenen Anhänge und Nachweise enthalten:

* Antragsformular Teil A – mit Verwaltungsangaben zu den Teilnehmern (dem künftigen Koordinator, den künftigen Begünstigten und verbundenen Einrichtungen) und dem zusammenfassenden Finanzplan für das Projekt *(direkt online auszufüllen)*
* Antragsformular Teil B – mit der technischen Beschreibung des Projekts (*vom Portal des Einreichungssystems herunterzuladen, auszufüllen und dann zusammenzufügen und wieder hochzuladen)*
* Teil C mit zusätzlichen Projektdaten einschließlich obligatorischer Indikatoren *(direkt online auszufüllen)*
* **Vorgeschriebene Anhänge und Nachweise** *(hochzuladen)*:
  + detaillierte Tabelle zum Finanzplan: entfällt
  + Lebensläufe (Standard) für das Projektkernteam
  + Tätigkeitsberichte des letzten Jahres
  + Liste früherer Projekte (wichtige Projekte der letzten vier Jahre) *(Vorlage in Teil B)*
  + für Teilnehmer, die Maßnahmen durchführen, an denen Kinder beteiligt sind: Strategie der Teilnehmer zum Schutz der Kinder, die die vier in den Kinderschutznormen der Organisation „Keeping Children Safe“ ([Keeping Children Safe Child Safeguarding Standards](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/standards_child_protection_kcsc_en_1.pdf)) genannten Bereiche betrifft.

 Hinweis: Ein jährlicher Tätigkeitsbericht ist KEIN Finanzprüfbericht bzw. KEIN Jahresabschluss, sondern ein Bericht über die Aktivitäten und Projekte Ihrer Organisation.

Bei der Einreichung des Vorschlags müssen Sie bestätigen, dass Sie für alle Antragsteller **handlungsbevollmächtigt** sind. Darüber hinaus müssen Sie bestätigen, dass die Angaben im Antrag korrekt und vollständig sind und dass die Teilnehmer die Bedingungen für den Erhalt von EU-Fördermitteln erfüllen (insbesondere in Bezug auf Förderfähigkeit, finanzielle und operative Leistungsfähigkeit, Ausschluss usw.). Vor Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung müssen alle Begünstigten und verbundenen Einrichtungen dies durch Unterzeichnung einer ehrenwörtlichen Erklärung erneut bestätigen. Vorschläge ohne vollständige Unterstützung werden abgelehnt.

Ihr Antrag muss **lesbar, zugänglich und druckbar** sein.

Die Vorschläge sind auf höchstens **70 Seiten** begrenzt (Teil B). Die Bewerter werden etwaige weitere Seiten nicht berücksichtigen.

Möglicherweise werden Sie zu einem späteren Zeitpunkt nach weiteren Unterlagen gefragt *(zur Validierung der juristischen Person, zur Überprüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit, zur Bankkontoprüfung usw.)*.

Title: Title: Title: Title: https://lh5.googleusercontent.com/-n5VVWXljoCs/T8X1egaB-BI/AAAAAAAAC1I/fLBP4VIzxQM/s16/infoIcon_blue.png Weitere Informationen über den Einreichungsprozess (einschließlich IT-Aspekten): siehe [Online-Handbuch](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/om_en.pdf).

# Förderfähigkeit

### Förderfähige Teilnehmer (förderfähige Länder)

Um förderfähig zu sein,

1. müssen die Antragsteller (Begünstigte und verbundene Einrichtungen):

* juristische Personen (öffentliche oder private Einrichtungen) sein.
* ihren Sitz in einem der förderfähigen Länder haben, d. h. in den EU-Mitgliedstaaten (einschließlich überseeischer Länder und Gebiete (ÜLG)).
* gemeinnützig sein, d. h. keinen Erwerbszweck verfolgen.
* unabhängig von Regierungen, Behörden, politischen, religiösen oder kommerziellen Interessen sein und
* eine Organisation der Zivilgesellschaft sein.

1. Der Antragsteller, oder gegebenenfalls mindestens ein Partner, muss alle folgenden Anforderungen erfüllen:

* Er muss nachweislich über eine mindestens dreijährige Erfahrung bei der Durchführung von Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau zivilgesellschaftlicher Organisationen verfügen;
* Er muss nachweislich über Erfahrung mit der Gewährung und Verwaltung von Finanzhilfen für zivilgesellschaftliche Organisationen verfügen;

1. die beantragte EU-Finanzhilfe darf nicht weniger als 2 500 000 EUR und nicht mehr als 4 000 000 EUR betragen.

Vor der Einreichung des Vorschlags müssen sich Begünstigte und verbundene Einrichtungen im [Teilnehmerregister](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/how-to-participate/participant-register) registrieren, und sie müssen vom zentralen Validierungsdienst (REA-Validierung) validiert werden. Zu Zwecken der Validierung werden sie aufgefordert, Dokumente hochzuladen, aus denen Rechtsstatus und Herkunft hervorgehen.

Andere Einrichtungen können sich in anderen Funktionen am Konsortium beteiligen, z. B. als assoziierte Partner, Unterauftragnehmer, Dritte, die Sachleistungen erbringen (*siehe Abschnitt 13)*.

*Sonderfälle*

Natürliche Personen – Natürliche Personen sind NICHT förderfähig (mit Ausnahme von Selbstständigen, d. h. Einzelunternehmern, deren Unternehmen keine von der natürlichen Person getrennte Rechtspersönlichkeit besitzt).

Internationale Organisationen – Internationale Organisationen sind nicht förderfähig. Die Vorschriften für förderfähige Länder gelten für sie nicht.

Einrichtungen ohne Rechtspersönlichkeit – Stellen, die nach geltendem nationalen Recht keine Rechtspersönlichkeit besitzen, sofern ihre Vertreter die Fähigkeit haben, rechtliche Verpflichtungen im Namen der Stellen einzugehen, und sie in gleichwertiger Weise wie Rechtspersonen Gewähr dafür bieten, dass die finanziellen Interessen der Union geschützt sind.[[19]](#footnote-20)

Organe der EU – Organe der EU (mit Ausnahme der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission) können dem Konsortium NICHT angehören.

Verbände und Interessengemeinschaften – Einrichtungen, die sich aus Mitgliedern zusammensetzen, können als „einzige Begünstigte“ oder „Begünstigte ohne Rechtspersönlichkeit“ teilnehmen.[[20]](#footnote-21) warning Hinweis: Falls die Maßnahme von den Mitgliedern durchgeführt wird, müssen diese ebenfalls teilnehmen (entweder als Begünstigte oder als verbundene Einrichtungen; andernfalls sind die Kosten dieser Mitglieder NICHT förderfähig).

Länder, mit denen gegenwärtig Verhandlungen über Assoziierungsabkommen geführt werden – Begünstigte aus Ländern, mit denen gegenwärtig Verhandlungen geführt werden, *(siehe oben)* können an der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen teilnehmen und Finanzhilfevereinbarungen unterzeichnen, sofern die Verhandlungen vor Unterzeichnung dieser Vereinbarung abgeschlossen sind (rückwirkend, sofern dies in der Vereinbarung vorgesehen ist).[[21]](#footnote-22)

Restriktive Maßnahmen der EU – Für bestimmte Einrichtungen *(z. B. Einrichtungen, die den* [*restriktiven Maßnahmen der EU*](http://www.sanctionsmap.eu/) *gemäß Artikel 29 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) und Artikel 215 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV)[[22]](#footnote-23) unterliegen, und Einrichtungen, die unter die Leitlinien* [*2013/C 205/05*](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2013:205:FULL:EN:PDF) der Kommission fallen*[[23]](#footnote-24))*, gelten besondere Regelungen. Diese Einrichtungen sind nicht berechtigt, in irgendeiner Funktion teilzunehmen, unter anderem weder als Begünstigte noch als verbundene Einrichtungen, assoziierte Partner, Unterauftragnehmer oder (gegebenenfalls) Empfänger finanzieller Unterstützung für Dritte.

Title: Title: Title: https://lh5.googleusercontent.com/-n5VVWXljoCs/T8X1egaB-BI/AAAAAAAAC1I/fLBP4VIzxQM/s16/infoIcon_blue.png Weitere Informationen: *siehe* [*Rules for Legal Entity Validation, LEAR Appointment and Financial Capacity Assessment (Regeln für die Validierung von Rechtsträgern, die Ernennung des LEAR und die Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit)*](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/rules-lev-lear-fca_en.pdf).

### 

### Zusammensetzung des Konsortiums

Die Vorschläge müssen von einem Konsortium eingereicht werden, das aus mindestens einem Antragsteller (einem Begünstigten, einer nicht verbundenen Einrichtung) besteht.

### Förderfähige Maßnahmen

Förderfähig sind die in **Abschnitt 2** aufgeführten Maßnahmen.

Die folgenden Maßnahmen kommen für eine Finanzierung im Rahmen dieser Aufforderung **nicht** in Betracht:

* Maßnahmen, die im Widerspruch zu den Interessen der EU stehen könnten;
* Maßnahmen, die den Grundwerten der EU zuwiderlaufen;
* Maßnahmen, die bekehrende Tätigkeiten beinhalten;
* Maßnahmen zur direkten Unterstützung politischer Parteien.

Die Projekte sollten die Ergebnisse der Projekte, die im Rahmen anderer EU-Förderprogramme erzielt wurden, berücksichtigen. In den Projektvorschlägen (Teil B des Antragsformulars) ist darzulegen, inwiefern das Projekt in dieser Hinsicht ergänzend wirkt.

Die Projekte müssen den politischen Interessen und Prioritäten der EU entsprechen *(z. B. Umwelt-, Sozial-, Sicherheits-, Industrie- und Handelspolitik)*.

### Finanzielle Unterstützung für Dritte

Eine finanzielle Unterstützung für Dritte ist unter den in Abschnitt 2 genannten Bedingungen zulässig.

Im Rahmen dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wird die finanzielle Unterstützung für Dritte als wesentlich erachtet, um das Ziel der Maßnahme zu erreichen.

Aus dem Projektantrag muss klar hervorgehen, warum eine finanzielle Unterstützung für Dritte benötigt wird, wie sie verwaltet wird und welche Arten von Maßnahmen für eine finanzielle Unterstützung für Dritte infrage kommen. Der Vorschlag muss auch eine klare Beschreibung der zu erzielenden Ergebnisse enthalten.

### Geografischer Standort (Zielländer)

Die Vorschläge müssen sich auf Maßnahmen beziehen, die in den förderfähigen Ländern durchgeführt werden *(siehe oben)*.

### Dauer

In der Regel sind die Projekte auf eine Dauer von 36 Monaten anzulegen (Verlängerungen sind möglich, sofern sie ordnungsgemäß begründet werden und im Wege einer Änderung erfolgen).

### Projektmittel

Die Projektmittel (Höchstbetrag der Finanzhilfe) werden voraussichtlich zwischen 2 500 000 und 4 000 000 EUR je Projekt liegen.

### Ethik und Werte der Europäischen Union

Bei den Projekten muss Folgendes eingehalten werden:

* höchste ethische Standards;
* die Werte der Europäischen Union gemäß Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union und Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sowie
* sonstige anwendbare Rechtsvorschriften der EU, sonstige anwendbare internationale und nationale Rechtsvorschriften [einschließlich der Datenschutz-Grundverordnung, Verordnung (EU) [2016/679](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:32016R0679&qid=1613382053477)].

Die Projekte müssen darauf ausgerichtet sein, die durchgängige Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts und der Nichtdiskriminierung in Einklang mit dem entsprechenden Instrumentarium ([Gender Mainstreaming Toolkit](https://eige.europa.eu/gender-mainstreaming/toolkits/gender-impact-assessment/guide-gender-impact-assessment)) zu fördern. Die Projektmaßnahmen sollten einen Beitrag zur gleichberechtigten Befähigung von Männern und Frauen in ihrer ganzen Vielfalt leisten und dabei sicherstellen, dass Männer und Frauen ihr volles Potenzial entfalten und die gleichen Rechte ausüben können *(siehe* [*Non-discrimination mainstreaming instruments, case studies and the way forwards*](http://www.enil.eu/wp-content/uploads/2012/07/Non-discrimination-mainstreaming-instruments-case-studies-way-forward.pdf#:~:text=Non-discrimination%20mainstreaming%20is%20about%20%E2%80%98placing%20equality%20considerations%20at,the%20EU-%20wide%20network%20of%20specialised%20equality%20bodies%29.) *(Antidiskriminierungs-Mainstreaming – Instrumente, Fallstudien und der Weg in die Zukunft))*. Ein weiteres Ziel der Projektmaßnahmen sollte darin bestehen, das Ausmaß der Diskriminierung bestimmter Gruppen (auch der Gruppen, die dem Risiko von Mehrfachdiskriminierungen ausgesetzt sind) zu verringern und die Resultate bezüglich der Gleichberechtigung für Einzelpersonen zu verbessern.[[24]](#footnote-25) Die Vorschläge sollten eine Geschlechter- und Nichtdiskriminierungsperspektive berücksichtigen, und es sollte eine ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen in den Projektteams und bei den Projektmaßnahmen angestrebt werden. Es ist zudem wichtig, dass die von den Begünstigten erhobenen Einzeldaten möglichst nach Geschlecht *(*[*nach Geschlechtszugehörigkeit aufgeschlüsselte Daten*](https://eige.europa.eu/gender-mainstreaming/methods-tools/sex-disaggregated-data)*)*, Behinderung oder Alter aufgeschlüsselt werden.

Die Antragsteller müssen in ihrem Antrag deutlich machen, dass sie ethische Grundsätze und die Werte der EU gemäß Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union und gemäß Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union beachten.

Organisationen, die Maßnahmen durchführen, an denen Kinder beteiligt sind, müssen darüber hinaus über eine Strategie zum Schutz der Kinder verfügen, die die vier in den Kinderschutznormen der Organisation „Keeping Children Safe“ ([Keeping Children Safe – Child Safeguarding Standards](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/standards_child_protection_kcsc_en_1.pdf)) genannten Bereiche betrifft. Diese Strategie muss online verfügbar und für jeden, der mit der Organisation in Kontakt kommt, transparent sein. Sie muss klare Angaben über die Einstellung von Mitarbeitenden (einschließlich Praktikantinnen und Praktikanten und ehrenamtliche Mitarbeitende) und Leumundsprüfungen (Sicherheitsüberprüfungen) enthalten. Sie muss ferner klare Verfahren und Regeln für die Mitarbeitenden, einschließlich Regeln für die Berichterstattung, und Fortbildungen beinhalten.

# Finanzielle und operative Leistungsfähigkeit und Ausschluss

### Finanzielle Leistungsfähigkeit

Die Antragsteller müssen über **stabile und hinreichende Ressourcen** verfügen, um die Projekte erfolgreich durchführen und ihren Beitrag leisten zu können. Organisationen, die an mehreren Projekten teilnehmen, müssen über ausreichende Kapazitäten verfügen, um alle diese Projekte umzusetzen.

Die Überprüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit erfolgt auf der Grundlage der Unterlagen, die Sie im Rahmen der Ausarbeitung des Finanzhilfeantrags im [Teilnehmerregister](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/how-to-participate/participant-register) hochladen müssen *(z. B. Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz, Geschäftsplan, Prüfbericht eines zugelassenen externen Wirtschaftsprüfers, der den Jahresabschluss für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr bestätigt)*. Die Analyse stützt sich auf neutrale Finanzkennzahlen, berücksichtigt aber auch andere Aspekte, wie die Abhängigkeit von EU-Mitteln sowie Verluste und Einnahmen in den Vorjahren.

In der Regel werden alle Begünstigten einer solchen Überprüfung unterzogen; hiervon ausgenommen sind:

* öffentliche Einrichtungen (nach nationalem Recht gegründete öffentliche Einrichtungen, einschließlich lokaler, regionaler und nationaler Behörden) oder internationale Organisationen,
* wenn die einzelne beantragte Finanzhilfe den Betrag von 60 000 EUR nicht übersteigt.

Bei Bedarf werden auch verbundene Einrichtungen einer solchen Überprüfung unterzogen.

Wenn wir die Ansicht vertreten, dass Ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nicht zufriedenstellend ist, können wir Folgendes verlangen:

* weitere Informationen;
* eine größere finanzielle Verantwortung, d. h. gesamtschuldnerische Haftung aller Begünstigten oder gesamtschuldnerische Haftung verbundener Einrichtungen (*siehe nachstehend, Abschnitt 10*);
* eine Vorfinanzierung in Raten;
* (eine oder mehrere) Garantien für die Vorfinanzierung *(siehe unten, Abschnitt 10);*

oder wir können

* vorschlagen, keine Vorfinanzierung zu leisten;
* verlangen, dass Sie ersetzt werden oder gegebenenfalls den gesamten Vorschlag ablehnen.

Title: Title: Title: https://lh5.googleusercontent.com/-n5VVWXljoCs/T8X1egaB-BI/AAAAAAAAC1I/fLBP4VIzxQM/s16/infoIcon_blue.png Weitere Informationen: *siehe* [*Rules for Legal Entity Validation, LEAR Appointment and Financial Capacity Assessment (Regeln für die Validierung von Rechtsträgern, die Ernennung des LEAR und die Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit)*](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/rules-lev-lear-fca_en.pdf).

### Operative Leistungsfähigkeit

Die Antragsteller müssen über das **Know-how, die Qualifikationen** und die **Ressourcen** verfügen, um die Projekte erfolgreich umzusetzen und ihren Beitrag zu leisten (einschließlich ausreichender Erfahrung in Projekten vergleichbarer Größe und Art).

Diese Leistungsfähigkeit wird zusammen mit dem Kriterium für die Qualität auf der Grundlage der Kompetenz und Erfahrung der Antragsteller und ihrer Projektteams bewertet, einschließlich der (personellen, technischen und sonstigen) operativen Ressourcen, oder ausnahmsweise auf der Grundlage der Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, um diese Ressourcen bis zum Zeitpunkt des Beginns der Ausführung der Aufgaben zu erlangen.

Wenn die Bewertung des Vergabekriteriums positiv ist, wird davon ausgegangen, dass die Antragsteller über eine hinreichende operative Leistungsfähigkeit verfügen.

Antragsteller müssen ihre operative Leistungsfähigkeit anhand der folgenden Angaben belegen:

* allgemeine Profile (Qualifikationen und Erfahrungen) der Mitarbeitenden, die für die Verwaltung und Durchführung des Projekts zuständig sind;
* Beschreibung der in dem Konsortium zusammengeschlossenen Teilnehmer
* Tätigkeitsberichte der Antragsteller des letzten Jahres;
* Liste früherer Projekte (wichtige Projekte der letzten vier Jahre).

Bei Bedarf können zusätzliche Unterlagen angefordert werden, um die operative Leistungsfähigkeit eines Antragstellers zu bestätigen.

Öffentliche Einrichtungen, Organisationen der Mitgliedstaaten und internationale Organisationen sind von der Prüfung der operativen Leistungsfähigkeit ausgenommen.

### Ausschluss

Antragsteller, gegen die ein **Ausschlussbeschluss der EU** ergangen ist bzw. die sich in einer der folgenden **Ausschlusssituationen** befinden und infolgedessen von der Gewährung von EU-Fördermitteln ausgeschlossen sind, können NICHT teilnehmen[[25]](#footnote-26):

* + Konkurs, Liquidation, gerichtliche Angelegenheiten, Vergleiche mit Gläubigern, Einstellung der Geschäftstätigkeit oder andere ähnliche Verfahren (einschließlich Verfahren für Personen, die für die Schulden des Antragstellers unbeschränkt haften);
  + Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen oder Steuern (einschließlich durch Personen mit unbeschränkter und gesamtschuldnerischer Haftung für die Schulden des Antragstellers);
  + Schuldspruch wegen schweren beruflichen Fehlverhaltens[[26]](#footnote-27) (auch durch Personen mit Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnissen, wirtschaftlichen Eigentümern oder Personen, die für die Vergabe/Umsetzung der Finanzhilfe von wesentlicher Bedeutung sind);
  + Begangener Betrug, Korruption, Verbindungen zu einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche, terroristische Straftaten (einschließlich Terrorismusfinanzierung), Kinderarbeit oder Menschenhandel (einschließlich durch Personen mit Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnissen, wirtschaftlichen Eigentümern oder Personen, die für die Vergabe/Umsetzung der Finanzhilfe von wesentlicher Bedeutung sind);
  + Erhebliche Mängel bei der Erfüllung der Hauptverpflichtungen aus einem EU-Beschaffungsvertrag, einer Finanzhilfevereinbarung, eines Preises, eines Sachverständigenvertrags oder Ähnlichem (einschließlich durch Personen mit Vertretungs-, Entscheidungs‑ oder Kontrollbefugnissen, wirtschaftlichen Eigentümern oder Personen, die für die Vergabe/Umsetzung der Finanzhilfe von wesentlicher Bedeutung sind);
  + Schuldspruch wegen Unregelmäßigkeiten im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung Nr. [2988/95](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:31995R2988&qid=1501598622514) (einschließlich durch Personen mit Vertretungs-, Entscheidungs‑ oder Kontrollbefugnissen, wirtschaftlichen Eigentümern oder Personen, die für die Vergabe/Umsetzung der Finanzhilfe von wesentlicher Bedeutung sind);
  + Gründung unter einem anderen gerichtlichen Zuständigkeitsbereich mit der Absicht, steuerliche, soziale oder andere rechtliche Verpflichtungen im Herkunftsland zu umgehen, oder Gründung einer anderen Einrichtung zu diesem Zweck (einschließlich durch Personen mit Vertretungs-, Entscheidungs‑ oder Kontrollbefugnissen, wirtschaftlichen Eigentümern oder Personen, die für die Vergabe/Umsetzung der Finanzhilfe von wesentlicher Bedeutung sind).

Antragsteller werden auch abgelehnt, wenn sich Folgendes herausstellt[[27]](#footnote-28):

* + Sie haben während des Vergabeverfahrens Informationen falsch dargestellt, die als Voraussetzung für die Teilnahme erforderlich waren, oder sie haben diese Informationen nicht bereitgestellt,
  + sie haben zuvor an der Ausarbeitung der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen mitgewirkt, und dadurch ist eine Wettbewerbsverzerrung entstanden, die auf andere Weise nicht behoben werden kann (Interessenkonflikt).

# Bewertungs- und Vergabeverfahren

Die Vorschläge müssen gemäß dem **Standardverfahren für die Einreichung und Bewertung** eingereicht werden (einstufige Einreichung + einstufige Bewertung).

Ein **Bewertungsausschuss** (mit Unterstützung unabhängiger externer Sachverständiger) wird alle Anträge prüfen. Die Vorschläge werden zunächst im Hinblick auf die formalen Anforderungen geprüft (Zulässigkeit und Förderfähigkeit, *siehe Abschnitte 5 und 6*). Vorschläge, die für zulässig und förderfähig erachtet werden, werden im Hinblick auf die operative Leistungsfähigkeit und die Vergabekriterien geprüft *(siehe Abschnitte 7 und 9)* und anschließend entsprechend der vergebenen Punktzahl in eine Reihenfolge gebracht.

Für Vorschläge mit gleicher Punktzahl wird eine **Prioritätsreihenfolge** nach folgendem Ansatz festgelegt:

* Die einzelnen Gruppen gleich bewerteter Vorschläge werden nacheinander in absteigender Reihenfolge geordnet.

Die gleich bewerteten Vorschläge innerhalb desselben Themas werden nach der für das Vergabekriterium „Relevanz“ vergebenen Punktzahl geordnet. Wenn diese Bewertungen gleich sind, erfolgt die Einordnung nach der für das Kriterium „Qualität“ vergebenen Punktzahl. Wenn diese Bewertungen gleich sind, erfolgt die Einordnung nach der für das Kriterium „Auswirkungen“ vergebenen Punktzahl.

Für alle Vorschläge erfolgt eine Mitteilung des Bewertungsergebnisses (**Schreiben zum Bewertungsergebnis**). Bei erfolgreichen Vorschlägen ergeht eine Aufforderung bezüglich der Vorbereitung der Finanzhilfe; die übrigen Vorschläge werden auf die Reserveliste gesetzt oder abgelehnt.

 Eine Verpflichtung zur Förderung besteht nicht. Eine Einladung zur Vorbereitung der Finanzhilfe stellt KEINE formelle Verpflichtung zur Förderung dar. Vor der Gewährung der Finanzhilfe sind noch verschiedene rechtliche Überprüfungen durchzuführen: *Validierung der juristischen Person, finanzielle Leistungsfähigkeit, Ausschlussprüfung usw.*

Die **Vorbereitung der Finanzhilfe** umfasst einen Dialog, um die technischen oder finanziellen Aspekte des Projekts abzustimmen, und erfordert möglicherweise zusätzliche Informationen von Ihrer Seite. Hierbei können auch Anpassungen des Vorschlags stattfinden, um Empfehlungen des Bewertungsausschusses oder anderen Anliegen Rechnung zu tragen. Die Einhaltung von Vorschriften ist eine Voraussetzung für die Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung.

Wenn Sie der Ansicht sind, dass das Bewertungsverfahren fehlerhaft war, können Sie (unter Einhaltung der Fristen und Verfahren, die in der Mitteilung des Bewertungsergebnisses angegeben sind) eine **Beschwerde** einreichen. Bitte beachten Sie, dass Mitteilungen, die nicht innerhalb von zehn Tagen nach Versand geöffnet wurden, als abgerufen gelten und dass die Fristen ab dem Öffnen/Zugriff gelten *(siehe auch* [*Nutzungsbedingungen für das Förder- und Ausschreibungsportal*](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/ftp/tc_en.pdf)*)*. Bitte beachten Sie auch, dass bei elektronisch eingereichten Beschwerden unter Umständen die Anzahl der Zeichen begrenzt ist.

# Vergabekriterien

Für die vorliegende Aufforderung gelten folgende **Vergabekriterien**:

* **Relevanz:**

Ausmaß, in dem die **regulären Maßnahmen und der Auftrag des Antragstellers**:

* den Zielen und Prioritäten der EU-Unterstützung für einen verstärkten Kapazitätsaufbau der zivilgesellschaftlichen Organisationen in der EU entsprechen;
* für die besonderen Bedürfnisse und Zwänge des Ziellandes/der Zielländer, der Zielregion(en) in einem oder mehreren EU-Mitgliedstaaten von Bedeutung sind;
* zeigen, dass der Antragsteller in der Lage ist, Gebiete in äußerster Randlage und marginalisierte oder schutzbedürftige Gruppen zu erreichen.

Ausmaß, in dem der **Vorschlag:**

* den Prioritäten und Zielen der Aufforderung entspricht;
* einen qualitativ hochwertigen Überblick und eine Analyse des Sektors der zivilgesellschaftlichen Organisationen in dem Zielland/den Zielländern und der Region/den Regionen enthält, einschließlich einer Ermittlung der wichtigsten Herausforderungen, eines klar definierten Bedarfs und einer soliden Bedarfsanalyse;
* für die besonderen Bedürfnisse und Zwänge des Ziellandes/der Zielländer, der Zielregion(en) (einschließlich Synergien mit anderen Entwicklungsinitiativen, Vermeidung von Überschneidungen mit der bestehenden EU-Unterstützung für den Kapazitätsaufbau) von Bedeutung ist;
* die Zielgruppen eindeutig definiert, wobei die Geschlechterperspektive angemessen berücksichtigt wird;

Ausmaß, in dem die **geplanten Maßnahmen**, insbesondere der **Kapazitätsaufbau und die finanzielle Unterstützung für Dritte**

* ausgewogen, angemessen und gut strukturiert sind und den Bedürfnissen entsprechen;
* einen Beitrag zum strategischen und rechtlichen Kontext der EU leisten.(40 Punkte)
* **Qualität:**
* Klarheit und Kohärenz des Projekts;
* logische Zusammenhänge zwischen den ermittelten Problemen, Bedürfnissen und vorgeschlagenen Lösungen (logisches Rahmenkonzept);
* Strategie zur Erreichung einer großen Zahl von Basisorganisationen, kleinen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft in ländlichen und abgelegenen Gebieten;
* Konzept für die Bewertung und Auswahl der dritten zu finanzierenden zivilgesellschaftlichen Organisationen (einschließlich der Frage, wie sichergestellt werden kann, dass kein Interessenkonflikt besteht und dass nur Organisationen, die sich für die Werte der EU einsetzen, für Finanzhilfen infrage kommen);
* Ansatz zur Verringerung des Verwaltungsaufwands für zivilgesellschaftliche Organisationen/Dritte und zur Erleichterung der Umsetzung von Projekten zivilgesellschaftlicher Organisationen/Dritter;
* Methodik für die Durchführung des Projekts unter angemessener Berücksichtigung der Geschlechterperspektive (Arbeitsorganisation, Zeitplan, Ressourcenzuweisung und Aufgabenverteilung zwischen den Partnern);
* Risikokontrolle und Risikomanagement, Überwachung und Bewertung;
* Strategie zur Gewährleistung der Behandlung ethischer Fragen;
* Durchführbarkeit des Projekts innerhalb des vorgeschlagenen Zeitrahmens;
* finanzielle Durchführbarkeit (ausreichende/angemessene Mittel für die ordnungsgemäße Durchführung);
* Kostenwirksamkeit (bestes Preis-Leistungs-Verhältnis). (40 Punkte)
* **Auswirkungen:**
* Ambitionen und erwartete langfristige Auswirkungen der Ergebnisse auf die Zielgruppen/allgemeine Öffentlichkeit;
* geeignete Verbreitungsstrategie zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit und der langfristigen Wirkung; Potenzial für einen positiven Multiplikatoreffekt;
* Nachhaltigkeit der Ergebnisse nach Auslaufen der Unionsfinanzierung. (20 Punkte)

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Vergabekriterien** | **Mindestpunktzahl** | **Höchstpunktzahl** |
| Relevanz | 25 | 40 |
| Qualität – Projektgestaltung und -durchführung | Entfällt | 40 |
| Wirkung | Entfällt | 20 |
| **(Mindest-)Gesamtpunktzahl** | **70** | **100** |

Maximale Punktzahl: 100 Punkte

Einzelschwellenwert für das Kriterium „Relevanz“: 25/40 Punkte

Gesamtschwellenwert: 70 Punkte

Vorschläge, für die jeweils eine Punktzahl vergeben wurde, die über dem Einzelschwellenwert für das Kriterium „Relevanz“ UND über dem Gesamtschwellenwert liegt, kommen – im Rahmen der für die Aufforderung verfügbaren Mittel – für eine Förderung in Betracht. Die anderen Vorschläge werden abgelehnt.

# Rechtlicher und finanzieller Aufbau der Finanzhilfevereinbarungen

Wenn Sie die Bewertung bestehen, wird Ihr Projekt zur Vorbereitung der Finanzhilfe eingeladen, und Sie werden aufgefordert, die Finanzhilfevereinbarung zusammen mit dem Projektbeauftragten der EU vorzubereiten.

Diese Finanzhilfevereinbarung legt den Rahmen für Ihre Finanzhilfe und deren Bedingungen fest, insbesondere in Bezug auf zu erbringende Leistungen, Berichterstattung und Zahlungen.

Die verwendete Musterfinanzhilfevereinbarung (und alle anderen maßgeblichen Vorlagen und Leitfäden) finden Sie im [Portal Referenzdokumente](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/how-to-participate/reference-documents).

### Projektbeginn und Projektdauer

Der Projektbeginn und die Projektdauer werden in der Finanzhilfevereinbarung *(Datenblatt, Punkt 1)* festgelegt. In der Regel beginnt die Förderung nach der Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung, spätestens jedoch innerhalb von sechs Monaten nach der Unterzeichnung. In hinreichend begründeten Ausnahmefällen kann ein rückwirkender Antrag gestellt werden – jedoch niemals vor dem Datum der Einreichung des Vorschlags.

Projektdauer: in der Regel 36 Monate (Verlängerungen sind möglich, sofern sie hinreichend begründet werden und durch einen Änderungsantrag erfolgen).

### Meilensteine und zu erbringende Leistungen

Die zu erreichenden Meilensteine und die zu erbringenden Leistungen werden für jedes Projekt über das Portal „Grant Management System“ verwaltet und sind in Anhang 1 der Finanzhilfevereinbarung aufgeführt.

Die Projektmaßnahmen müssen sich in die folgenden Arbeitspakete (AP) gliedern:

AP 1 – Projektmanagement, einschließlich Risikomanagement (obligatorisch)

AP 2 – Unterstützung für Dritte (obligatorisch)

AP 3 – Kapazitätsaufbau (obligatorisch)

AP 4 – Projekt-Webseite (obligatorisch)

Weitere Arbeitspakete können hinzugefügt werden.

Die Erbringung folgender Leistungen ist für alle Projekte zwingend vorgeschrieben:

* Für die **Unterstützung für Dritte** müssen die Begünstigten eine Webseite einrichten, auf der die Datenblätter aller Projekte von Dritten zusammengestellt werden. Diese Datenblätter sollten mindestens den Namen des geförderten Dritten, den Titel des Projekts, die erhaltenen Finanzmittel, eine kurze Zusammenfassung des geförderten Projekts und die erreichte Zielgruppe sowie gegebenenfalls qualitative und quantitative Ergebnisse enthalten, darunter mindestens:
  + die Anzahl der Veröffentlichungen,
  + die Anzahl der durchgeführten Sensibilisierungsmaßnahmen/Kampagnen,
  + die Anzahl der an den Maßnahmen der zivilgesellschaftlichen Organisationen beteiligten Personen,
  + die Anzahl der nationalen politischen oder rechtsetzenden Maßnahmen, die beeinflusst wurden,
  + die Anzahl der Begünstigten der erbrachten Dienstleistungen (Hotline, Beratungsdienste, informelle Bildung...)

Die auf dieser Webseite enthaltenen Informationen sollten der Kommission auch in Form einer Excel-Tabelle übermittelt werden, die mindestens die folgenden Einträge enthält:

|  |  |
| --- | --- |
| Name des Dritten |  |
| Titel des Projekts |  |
| von der zwischengeschalteten Stelle erhaltene Finanzmittel |  |
| Erreichte Zielgruppe |  |
| Zusammenfassung des Projekts |  |
| Qualitative Ergebnisse |  |
| die Anzahl der Veröffentlichungen, |  |
| die Anzahl der durchgeführten Sensibilisierungsmaßnahmen/Kampagnen, |  |
| die Anzahl der an den Maßnahmen der zivilgesellschaftlichen Organisationen beteiligten Personen, |  |
| die Anzahl der nationalen politischen oder rechtsetzenden Maßnahmen, die beeinflusst wurden, |  |
| die Anzahl der Begünstigten der erbrachten Dienstleistungen (Hotline, Rechtsberatung, Beratungsdienste, informelle Bildung...) |  |
| Weitere quantitative Ergebnisse |  |

* Bei **Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau**, die von der zwischengeschalteten Stelle organisiert werden, müssen die Begünstigten (zwischengeschaltete Stelle) die Teilnehmer an den Veranstaltungen auffordern, an der EU-Umfrage über Justiz, Rechte und Werte teilzunehmen. Mithilfe dieser Umfrage kann die Vergabebehörde Veranstaltungen zum Zweck von Fortbildungen, zum gegenseitigen Lernen und zur Sensibilisierung genauer beobachten. Die Begünstigten erhalten einen Link zu der Erhebung, den sie an die Teilnehmenden weiterleiten. Anschließend können sie auf die Ergebnisse der Erhebung in Verbindung mit ihrem Projekt zugreifen und diese für ihre Projektevaluierung nutzen. Die Vergabebehörde fasst die Ergebnisse aller im Rahmen des Programms CERV geförderten Projekte zusammen.

### 

### Form der Finanzhilfe, Finanzierungssatz und maximaler Finanzhilfebetrag

Die Finanzhilfeparameter *(Höchstbetrag der Finanzhilfe, Finanzierungssatz, förderfähige Gesamtkosten usw.)* werden in der Finanzhilfevereinbarung festgelegt *(Datenblatt, Punkt 3 und Artikel 5)*.

Die Projektmittel (Höchstbetrag der Finanzhilfe) werden voraussichtlich zwischen 2 500 000 EUR und 4 000 000 EUR je Projekt liegen. Der gewährte Finanzhilfebetrag kann niedriger sein als der beantragte Betrag.

Bei der Finanzhilfe handelt es sich um eine haushaltsbasierte Finanzhilfe mit gemischten Istkosten (tatsächlich entstandene Kosten zusammen mit Kostenbestandteilen je Leistungseinheit und Pauschalkostenbestandteilen). Dies bedeutet, dass NUR bestimmte Arten von Kosten (förderfähige Kosten) und die Kosten, die Ihnen *tatsächlich* für Ihr Projekt entstanden sind (NICHT die *veranschlagten* Kosten), erstattet werden. Für die Kosten je Leistungseinheit und Pauschalen können Sie die Beträge in Rechnung stellen, die gemäß der Finanzhilfevereinbarung berechnet wurden *(siehe Artikel 6 und Anhänge 2 und 2a)*.

Die Kosten werden zu dem in der Finanzhilfevereinbarung festgelegten Finanzierungssatz (**90 %**) erstattet.

Mit der Finanzhilfe darf KEIN Gewinn erzielt werden (d. h. Überschuss an Einnahmen + EU-Finanzhilfe über Kosten). Organisationen mit Erwerbszweck müssen ihre Einnahmen angeben, und wenn ein Gewinn generiert wird, werden wir diesen vom endgültigen Betrag der Finanzhilfe in Abzug bringen *(siehe Artikel 22.3)*.

Bitte beachten Sie außerdem, dass der endgültige Finanzhilfebetrag im Falle der Nichteinhaltung der Finanzhilfevereinbarung *(z. B. unsachgemäße Umsetzung, Verstoß gegen die Auflagen usw.)* gekürzt werden kann.

### Haushaltskategorien und Regeln für die Förderfähigkeit der Kosten

Die Haushaltskategorien und Regeln für die Förderfähigkeit der Kosten sind in der Finanzhilfevereinbarung festgelegt (*Datenblatt, Punkt 3, Artikel 6 und Anhang 2*).

*Haushaltskategorien für diese Aufforderung:*

* A. Personalkosten
  + A.1 Personal, A.2 Natürliche Personen mit direktem Vertrag, A.3 Abgeordnete Personen
* A.5 Freiwillige B. Kosten für Unteraufträge
* C. Anschaffungskosten
* C.1 Reise- und Aufenthaltskosten
* C.2 Ausrüstung
* C.3 Sonstige Waren, Arbeiten und Dienstleistungen
* D. Andere Kostenarten
* D.1 Finanzielle Unterstützung Dritter
* E. Indirekte Kosten

*Besondere Bedingungen der Förderfähigkeit der Kosten für diese Aufforderung:*

* Personalkosten:
* KMU-Eigentümer/natürliche Person Kosten je Leistungseinheit: Nein
* Kosten je Einheit für Freiwillige[[28]](#footnote-29): Ja (ohne indirekte Kosten)
* Reise- und Aufenthaltskosten je Einheit[[29]](#footnote-30): Ja
* Kosten für Ausrüstung: Abschreibung
* Sonstige Kostenarten:
* Kosten für die finanzielle Unterstützung Dritter: zulässig für Finanzhilfen; Höchstbetrag je Dritter 60 000 EUR, sofern nicht ein höherer Betrag erforderlich ist, da das Ziel der Maßnahme sonst nicht oder nur schwer zu erreichen wäre und dies im Antragsformular hinreichend begründet ist
* Pauschalbetrag für indirekte Kosten: 7 % der förderfähigen direkten Kosten (Kategorien A–D, mit Ausnahme der Kosten für Freiwillige und gegebenenfalls ausgenommene spezifische Kostenkategorien)
* Mehrwertsteuer: Nicht abzugsfähige Mehrwertsteuer ist förderfähig (bitte beachten Sie jedoch, dass seit 2013 die Mehrwertsteuer, die von Begünstigten gezahlt wird, die eine öffentliche Stelle sind und als staatliche Behörde fungieren, NICHT förderfähig ist)
* Sonstiges:
* Unentgeltliche Sachleistungen sind zulässig, aber kostenneutral, d. h. sie können nicht als Kosten geltend gemacht werden
* Auftaktveranstaltung: Kosten für die von der Vergabebehörde organisierte Auftaktveranstaltung (Reisekosten für maximal zwei Personen, Hin- und Rückreise nach Brüssel und Unterkunft für eine Nacht) sind nur förderfähig, wenn die Veranstaltung nach dem in der Finanzhilfevereinbarung festgelegten Datum für den Projektbeginn stattfindet. Der Projektbeginn kann bei Bedarf durch einen Änderungsantrag angepasst werden
* Projektwebsites: Kommunikationskosten für die Vorstellung des Projekts auf den Websites oder Social-Media-Konten der Teilnehmer sind förderfähig; Kosten für *separate* Projektwebsites sind nicht förderfähig
* Sonstige nicht förderfähige Kosten: Nein

 Kosten für Freiwillige – Die Kosten für Freiwillige sind keine klassische Kostenkategorie. Es entstehen keine Kosten, weil Freiwillige unentgeltlich arbeiten, sie können jedoch trotzdem in Form von vorher festgelegten Kosten je Einheit (je Freiwilliger) in den Finanzplan aufgenommen werden und bieten Ihnen somit die Möglichkeit, die Arbeit von Freiwilligen für die Finanzhilfe zu nutzen (durch Erhöhung des Erstattungsbetrags bis auf 100 % der normalen Kosten, d. h. andere Kostenkategorien als Freiwillige). Weitere Informationen sind der [AGA – Kommentierte Finanzhilfevereinbarung, Artikel 6.2.A.5](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/aga_en.pdf) zu entnehmen.

### Berichterstattung und Zahlungsmodalitäten

Die Berichterstattung und die Zahlungsmodalitäten sind in der Finanzhilfevereinbarung festgelegt *(Datenblatt, Punkt 4 und Artikel 21 und 22)*.

Nach der Unterzeichnung der Finanzhilfe erhalten Sie in der Regel eine **Vorfinanzierung**, um mit der Arbeit am Projekt beginnen zu können (Startkapital normalerweise in Höhe von **40 %** des Höchstbetrags der Finanzhilfe; in Ausnahmefällen kann auch eine geringere oder gar keine Vorfinanzierung gezahlt werden). Die Vorfinanzierung wird 30 Tage nach Inkrafttreten/nach der Sicherheitsleistung (falls erforderlich) ausgezahlt – maßgebend ist der späteste Zeitpunkt.

Es erfolgen eine oder mehrere Zwischenzahlungen (mit Kostennachweis durch den Bericht über die Verwendung der Mittel).

**Zahlung des Restbetrags**: Nach Abschluss des Projekts berechnen wir Ihren endgültigen Finanzhilfebetrag. Wenn die Gesamtsumme der früheren Zahlungen über dem endgültigen Finanzhilfebetrag liegt, werden wir Sie (den Koordinator) zur Rückzahlung der Differenz auffordern (Rückforderung).

Alle Zahlungen erfolgen an den Koordinator.

 Bitte beachten Sie, dass die Zahlungen automatisch gekürzt werden, wenn eines Ihrer Konsortialmitglieder gegenüber der EU (Bewilligungsbehörde oder andere EU-Einrichtungen) ausstehende Schulden hat. Schulden dieser Art werden von uns im Einklang mit den in der Finanzhilfevereinbarung festgelegten Bedingungen ausgeglichen *(siehe Artikel 22)*.

Beachten Sie bitte auch, dass Sie dafür verantwortlich sind, die gesamte geleistete Arbeit und die ausgewiesenen Kosten zu dokumentieren.

### Vorfinanzierungsgarantien

Eine eventuell erforderliche Garantie für die Vorfinanzierung wird in der Finanzhilfevereinbarung festgelegt (*Datenblatt, Punkt 4*). Der Betrag wird während der Vorbereitung der Finanzhilfe festgelegt und ist in der Regel gleich oder niedriger als die Vorfinanzierung für Ihre Finanzhilfe.

Die Garantie sollte in Euro und von einer zugelassenen Bank/einem zugelassenen Finanzinstitut in einem EU-Mitgliedstaat ausgestellt werden. Wenden Sie sich bitte an uns, wenn Sie Ihren Sitz in einem Drittland haben und von einer Bank/einem Finanzinstitut in Ihrem Land eine Garantie stellen lassen möchten (eine solche Garantie kann in Ausnahmefällen, wenn sie eine gleichwertige Sicherheit bietet, akzeptiert werden).

Beträge, die sich auf Sperrkonten befinden, werden NICHT als finanzielle Sicherheitsleistungen akzeptiert.

Vorfinanzierungsgarantien sind formal NICHT an einzelne Konsortialmitglieder gebunden, was bedeutet, dass Sie hinsichtlich der Bereitstellung des Sicherheitsbetrags frei sind *(Möglich sind eine Garantie eines oder mehrerer Begünstigten für den Gesamtbetrag oder mehrere Garantien des betreffenden Begünstigten oder eines anderen Begünstigten für Teilbeträge usw.).* Es ist jedoch wichtig, dass der angeforderte Betrag gedeckt ist und uns die Garantien bzw. die Garantien rechtzeitig zur Vorfinanzierung übermittelt wird bzw. werden (gescannte Kopie über das Portal UND Original per Post).

Sofern mit uns vereinbart, kann die Bankgarantie durch eine Garantie eines Dritten ersetzt werden.

Die Garantie wird am Ende der Finanzhilfe gemäß den in der Finanzhilfevereinbarung festgelegten Bedingungen freigegeben.

### Bescheinigungen

Abhängig von der Art der Maßnahme, der Höhe des Finanzhilfebetrages und der Art der Begünstigten werden Sie möglicherweise aufgefordert, unterschiedliche Bescheinigungen einzureichen. Die Arten, Zeitpläne und Schwellenwerte für jede Bescheinigung sind in der Finanzhilfevereinbarung festgelegt (*Datenblatt, Punkt 4 und Artikel 24*).

### Haftungsregelung für Rückforderungen

Die Haftungsregelung für die Rückforderungen ist in der Finanzhilfevereinbarung festgelegt (*Datenblatt, Punkt 4.4 und Artikel 22*).

Für die Begünstigten ist dies eine der folgenden:

* *begrenzte gesamtschuldnerische Haftung mit individuellen Obergrenzen – jeder Begünstigte bis zu seinem maximalen Finanzhilfebetrag*
* *bedingungslose gesamtschuldnerische Haftung – jeder Begünstigte bis zum maximalen Finanzhilfebetrag für die Maßnahme*

oder wir können

* individuelle finanzielle Haftung – *für die einzelnen Begünstigten jeweils nur für ihre eigenen Schulden*.

Darüber hinaus kann die gewährende Behörde eine gesamtschuldnerische Haftung verbundener Einrichtungen (mit ihrem Begünstigten) fordern.

### 

### Bedingungen in Bezug auf die Projektdurchführung

Regeln in Bezug auf das Recht des geistigen Eigentums: *siehe Musterfinanzhilfevereinbarung (Artikel 16 und Anhang 5)*

* Nutzungsrechte an Ergebnissen: Ja

Kommunikation, Verbreitung und Bekanntmachung der Finanzierung: *siehe Musterfinanzhilfevereinbarung (Artikel 17 und Anhang 5)*

* Zusätzliche Kommunikations- und Verbreitungsmaßnahmen: Ja

### 

### Sonstige Besonderheiten

Entfällt

### 

### Verstöße gegen die Vorschriften und Vertragsbruch

In der Finanzhilfevereinbarung (Kapitel 5) sind die Maßnahmen festgelegt, die wir bei Vertragsbruch (und bei anderen Verstößen) ergreifen können.

Title: Title: Title: https://lh5.googleusercontent.com/-n5VVWXljoCs/T8X1egaB-BI/AAAAAAAAC1I/fLBP4VIzxQM/s16/infoIcon_blue.pngWeitere Informationen: *siehe* [*AGA – kommentierte Finanzhilfevereinbarung*](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/aga_en.pdf).

# Antragseinreichung

Alle Vorschläge sind direkt online über das elektronische System für die Einreichung von Vorschlägen des Förder- und Ausschreibungsportals (Funding & Tenders Portal Electronic Submission System) einzureichen. Anträge in Papierform werden NICHT angenommen.

Die Einreichung erfolgt in einem **zweistufigen Verfahren**:

1. **Erstellung eines Nutzerkontos und Registrierung Ihrer Organisation**

Alle Teilnehmer müssen [ein EU-Login-Nutzerkonto einrichten](https://webgate.ec.europa.eu/cas/eim/external/register.cgi), um das Einreichungssystem (als einzige Möglichkeit, sich an der Aufforderung zu beteiligen) nutzen zu können.

Sobald das EU-Login-Konto eingerichtet ist, können Sie [Ihre Organisation im Teilnehmerregister registrieren](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/how-to-participate/participant-register). Nach Abschluss Ihrer Registrierung erhalten Sie einen neunstelligen Teilnehmeridentifikationscode (PIC-Nummer).

1. **Einreichung des Vorschlags**

Rufen Sie das elektronische Einreichungssystem von der Themenseite in der Rubrik [Suche Förderung und Ausschreibungen](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;freeTextSearchKeyword=;typeCodes=0,1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programCode=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;crossCuttingPriorityCode=null;callCode=Default;sortQuery=openingDate;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=topicSearchTablePageState) auf. (Bei Aufforderungen, die im Wege einer Einladung zur Einreichung eines Vorschlags übermittelt werden, erfolgt der Aufruf des Systems über den im Einladungsschreiben angegebenen Link.)

Reichen Sie Ihren Vorschlag wie folgt in vier Teilen ein:

* Teil A enthält verwaltungstechnische Angaben zu den antragstellenden Organisationen (dem künftigen Koordinator, den Begünstigten, verbundenen Einrichtungen und assoziierten Partnern) und dem zusammenfassenden Finanzplan zum Vorschlag. Füllen Sie diesen Teil direkt online aus.
* Teil B (Beschreibung der Maßnahme) bezieht sich auf den fachlichen Inhalt des Vorschlags. Die obligatorische Word-Vorlage ist aus dem Einreichungssystem herunterzuladen, auszufüllen und als PDF-Datei wieder hochzuladen.
* Teil C enthält zusätzliche Projektdaten. Füllen Sie diesen Teil direkt online aus.
* Anhänge (*siehe Abschnitt 5*) Laden Sie die Anhänge als PDF-Datei hoch (einzelne Datei oder mehrere Dateien, je nach Fall). Je nach Dateityp ist auch das Hochladen von Excel-Dateien möglich.

Bei dem Vorschlag ist die **Begrenzung der Seitenzahl** zu beachten *(siehe Abschnitt 5)*; überzählige Seiten werden nicht berücksichtigt.

Die Unterlagen sind im Einreichungssystem in der **richtigen Kategorie** hochzuladen, da der Vorschlag sonst als unvollständig und damit unzulässig angesehen werden könnte.

Der Vorschlag ist **vor Ablauf der Einreichungsfrist** einzureichen (*siehe Abschnitt 4*). Nach Ablauf dieser Frist wird das System geschlossen, und es können keine Vorschläge mehr eingereicht werden.

Nach Einreichung des Vorschlags erhalten Sie eine **Bestätigungs-E-Mail** (mit Datum und Uhrzeit Ihres Antrags). Falls Sie keine solche Bestätigungs-E-Mail erhalten, bedeutet dies, dass Ihr Vorschlag NICHT eingereicht wurde. Wenn Sie der Ansicht sind, dass dies auf einen Fehler im Einreichungssystem zurückzuführen ist, sollten Sie umgehend eine Beschwerde über das [Webformular des IT-Helpdesks](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/support/helpdesks/contact-form) einreichen, in der Sie die Umstände erläutern und der Sie eine Kopie Ihres Vorschlags als Anlage beifügen (sowie nach Möglichkeit Screenshots, aus denen die Abläufe ersichtlich sind).

Nähere Einzelheiten zu Prozessen und Verfahren sind dem [Online-Handbuch](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/om_en.pdf) zu entnehmen. Im Online-Handbuch sind auch Links zu häufig gestellten Fragen (FAQ) und detaillierte Anweisungen zum Portal für den elektronischen Datenaustausch (Electronic Exchange System) zusammengestellt.

# Hilfe

Versuchen Sie bitte, ***die Antworten, die Sie benötigen***, in dieser und der anderen Dokumentation so weit wie möglich ***selbst zu finden*** (wir haben nur begrenzte Ressourcen für die Bearbeitung direkter Anfragen):

* [Online-Handbuch](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/om_en.pdf)
* FAQ auf der Themenseite (betrifft aufforderungsspezifische Fragen in offenen Aufforderungen; nicht anwendbar auf Maßnahmen, zu denen eine Einladung ergangen ist)
* [Portal FAQ](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/support/faq;categories=;programme=null;actions=;keyword=) (für allgemeine Fragen)

Bitte konsultieren Sie auch regelmäßig die Themenseite, da wir dort aktuelle Informationen über die Aufforderungen veröffentlichen. (Bei Einladungen werden wir uns im Falle einer Aktualisierung der Aufforderung direkt an Sie wenden.)

*Kontakt*

Falls Sie individuelle Fragen zum System für die Einreichung von Vorschlägen des Portals haben, wenden Sie sich bitte an den [IT-Helpdesk](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/support/helpdesks/contact-form).

Fragen, die nicht die IT betreffen, sollten an die folgende E-Mail-Adresse gesendet werden: [EACEA-CERV@ec.europa.eu](mailto:EACEA-CERV@ec.europa.eu).

Bitte geben Sie deutlich die Bezugsnummer der Aufforderung und das Thema an, auf das sich Ihre Frage bezieht *(siehe Deckblatt)*.

# Wichtig

|  |
| --- |
| warning **WICHTIGER HINWEIS**   * **Warten Sie nicht bis zum Ende der Frist –** Füllen Sie Ihren Antrag rechtzeitig vor Ablauf der Frist aus, um **technische Probleme** in letzter Minute zu vermeiden. Probleme aufgrund von Einreichungen in letzter Minute (*z. B. wegen Überlastung des Netzes*) gehen vollständig auf Ihr Risiko. Die Fristen dieser Aufforderung können NICHT verlängert werden. * **Konsultieren** Sie regelmäßig die Themenseite des Portals. Dort werden wir Aktualisierungen und zusätzliche Informationen zur Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlichen (Aktualisierungen der Aufforderung und des Themas). * **Elektronischer Datenaustausch des Förder- und Ausschreibungsportals –** Mit der Einreichung des Antrags erklären sich alle Teilnehmer **bereit**, das elektronische System zum Datenaustausch entsprechend den [Geschäftsbedingungen des Portals](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/ftp/tc_en.pdf) zu nutzen. * **Registrierung** – Vor der Einreichung des Antrags müssen sich alle Begünstigten, verbundenen Einrichtungen und assoziierten Partner im [Teilnehmerregister](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/how-to-participate/participant-register) registrieren. Die Angabe des Teilnehmeridentifikationscodes (PIC) (ein Code pro Teilnehmer) im Antragsformular ist zwingend erforderlich. * **Konsortialfunktionen** – Bei der Zusammenstellung Ihres Konsortiums sollten Sie Organisationen berücksichtigen, die Ihnen helfen, Ziele zu erreichen und Probleme zu lösen.   Die Funktionen sollten entsprechend der Beteiligung am Projekt zugeordnet werden. Die Hauptteilnehmer sollten als **Begünstigte** oder als **verbundene Einrichtungen** teilnehmen; andere Einrichtungen können als assoziierte Partner, Unterauftragnehmer und Dritte, die Sachleistungen erbringen, teilnehmen. **Assoziierte Partner** und Dritte, die Sachleistungen erbringen, sollten ihre eigenen Kosten tragen (sie werden nicht zu formellen Empfängern von EU-Mitteln). **Untervergabe** – In der Regel sollte nur ein begrenzter Teil der Aufgaben im Rahmen von Untervergaben ausgeführt werden; die untervergebenen Aufgaben sind von Dritten auszuführen (nicht von einem der Begünstigten/verbundenen Einrichtungen). Untervergaben, die einen Anteil von mehr als 30 % der gesamten förderfähigen Kosten ausmachen, sind im Antrag zu begründen.   * **Koordinator** – Bei Finanzhilfen mit mehreren Begünstigten nehmen die Begünstigten als Konsortium (Gruppe von Begünstigten) teil. Sie müssen einen Koordinator für das Projektmanagement und die Koordination auswählen, der das Konsortium gegenüber der Vergabebehörde vertritt. Bei Finanzhilfen mit nur einem Begünstigten ist dieser Begünstigte automatisch der Koordinator. * **Verbundene Einrichtungen** – Antragsteller können mit verbundenen Einrichtungen teilnehmen (d. h. Einrichtungen, die mit einem Begünstigten verbunden sind und an der Maßnahme mit ähnlichen Rechten und Pflichten wie die Begünstigten teilnehmen, die Finanzhilfevereinbarung jedoch nicht unterzeichnen und daher nicht selbst zu Begünstigten werden). Sie erhalten einen Teil der Finanzhilfe und müssen daher alle Bedingungen der Aufforderung erfüllen und validiert werden (ebenso wie die Begünstigten); bei den Mindestkriterien für die Förderfähigkeit in Bezug auf die Zusammensetzung des Konsortiums (sofern vorhanden) werden sie jedoch nicht berücksichtigt. * **Assoziierte Partner** – Antragsteller können mit assoziierten Partnern (z. B. Partnerorganisationen, die sich an der Maßnahme beteiligen, jedoch keinen Anspruch auf Finanzhilfen haben) teilnehmen. Sie nehmen ohne Fördermittel teil und müssen daher nicht validiert werden. * **Konsortialvereinbarung** – Aus praktischen und rechtlichen Gründen wird empfohlen, interne Vereinbarungen zu treffen, die es Ihnen ermöglichen, außergewöhnliche oder unvorhergesehene Umstände zu bewältigen (in allen Fällen, auch wenn dies gemäß der Finanzhilfevereinbarung nicht vorgeschrieben ist). Die Konsortialvereinbarung bietet Ihnen auch die Möglichkeit, die Finanzhilfe gemäß Ihren eigenen konsortialinternen Grundsätzen und Parametern neu zu verteilen (z. B. kann ein Begünstigter seinen Finanzhilfebetrag einem anderen Begünstigten zuweisen). Die Konsortialvereinbarung ermöglicht es Ihnen somit, die EU-Finanzhilfe an die Bedürfnisse Ihres Konsortiums anzupassen und kann Sie auch im Falle von Streitsachen schützen. |

|  |
| --- |
| * **Ausgeglichener Projektfinanzplan –** Die Antragsteller auf Gewährung einer Finanzhilfe müssen sicherstellen, dass ihr Projektfinanzplan ausgeglichen ist und dass sie über hinreichende andere Ressourcen für die erfolgreiche Durchführung des Projekts verfügen *(z. B. Eigenbeiträge, Einnahmen aus der Maßnahme, finanzielle Unterstützung durch Dritte)*. Sie können aufgefordert werden, die veranschlagten Kosten zu senken, wenn sie nicht förderfähig sind (einschließlich überhöhter Kosten). * **Gewinnverbot** – Mit der Finanzhilfe darf KEIN Gewinn erzielt werden (d. h. Überschuss an Einnahmen + EU-Finanzhilfe über Kosten). Dies wird von uns bei Projektabschluss überprüft. * **Keine doppelte Finanzierung –** Es gilt ein striktes Verbot der doppelten Finanzierung aus dem EU-Haushalt (außer im Rahmen von EU-Synergiemaßnahmen). Außerhalb solcher Synergiemaßnahmen kann eine bestimmte Maßnahme nur EINE Finanzhilfe aus dem EU-Haushalt erhalten, und die Kosten dürfen unter KEINEN Umständen zwei verschiedenen EU-Maßnahmen zugewiesen werden. * **Abgeschlossene/laufende Projekte** – Vorschläge für bereits abgeschlossene Projekte werden abgelehnt. Vorschläge für Projekte, die bereits begonnen haben, werden fallweise bewertet (in diesem Fall können keine Kosten für Maßnahmen erstattet werden, die vor dem Projektbeginn/der Einreichung des Vorschlags stattgefunden haben). * **Kombination mit EU-Betriebskostenzuschüssen** – Eine Kombination mit EU-Betriebskostenzuschüssen ist möglich, wenn das Projekt außerhalb des Arbeitsprogramms für Betriebskostenzuschüsse verbleibt und Sie sicherstellen, dass die Kostenpositionen in Ihrer Rechnungsführung klar voneinander getrennt und NICHT doppelt angegeben werden (siehe[*AGA – Kommentierte Musterfinanzhilfevereinbarung, Artikel 6.2.E*](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/aga_en.pdf)*)*. * **Mehrere Vorschläge** – Antragsteller können mehr als einen Vorschlag für *verschiedene* Projekte im Rahmen derselben Aufforderung einreichen (und für diese eine Förderung erhalten).   Organisationen können an mehreren Vorschlägen teilnehmen.  ABER: Wenn mehrere Vorschläge für *sehr ähnliche* Projekte vorliegen, wird nur ein Antrag angenommen und bewertet. Die Antragsteller werden aufgefordert, einen der Vorschläge zurückzuziehen (andernfalls wird er abgelehnt).   * **Erneute Einreichung** – Vorschläge können bis zum Ablauf der Einreichungsfrist geändert und erneut eingereicht werden. * **Ablehnung** – Mit der Einreichung des Antrags akzeptieren alle Antragsteller die in diesem Aufforderungsdokument festgelegten Bedingungen der Aufforderung (und die Dokumente, auf die sie sich beziehen). Vorschläge, die nicht alle Bedingungen der Aufforderung erfüllen, werden **abgelehnt.** Dies gilt auch für Antragsteller: Alle Antragsteller müssen die Kriterien erfüllen. Wenn einer der Antragsteller die Kriterien nicht erfüllt, muss er ersetzt werden; andernfalls wird der gesamte Vorschlag abgelehnt. * **Stornierung** – Unter Umständen kann es erforderlich sein, die Aufforderung zu stornieren. In diesem Fall werden Sie mithilfe einer Aktualisierung zur Aufforderung oder zum Thema entsprechend informiert. Bitte beachten Sie, dass bei einer Stornierung kein Anspruch auf Entschädigung besteht. * **Sprache –** Sie können Ihren Vorschlag in einer beliebigen EU-Amtssprache einreichen. (Die Projektzusammenfassung ist jedoch immer in englischer Sprache abzufassen.) Aus Effizienzgründen empfehlen wir jedoch nachdrücklich, für das gesamte Antragsverfahren Englisch zu verwenden. Wenn Sie die Dokumentation zur Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in einer anderen Amtssprache der EU benötigen, senden Sie bitte innerhalb von zehn Tagen nach Veröffentlichung der Aufforderung eine entsprechende Anfrage (Kontaktinformationen: *siehe Abschnitt 12*). |

|  |
| --- |
| * **Transparenz** – Gemäß Artikel 38 der [EU-Haushaltsordnung](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:32018R1046&qid=1535046024012) werden Informationen über gewährte EU-Finanzmittel jedes Jahr auf der [Europa Website](https://ec.europa.eu/budget/fts/index_en.htm) veröffentlicht.   Diese beinhalten:   * die Namen der Begünstigten * die Adressen der Begünstigten * den Zweck, für den die Finanzhilfe gewährt wurde * den gewährten Höchstbetrag.   Auf die Veröffentlichung kann ausnahmsweise verzichtet werden (auf begründeten und mit entsprechenden Belegen untermauerten Antrag), wenn das Risiko besteht, dass die Offenlegung Ihre Rechte und Freiheiten gemäß der EU-Grundrechtecharta gefährden oder Ihren wirtschaftlichen Interessen schaden könnte.   * **Datenschutz** – Bei der Einreichung eines Vorschlags im Rahmen dieser Ausschreibung werden personenbezogene Daten erhoben, verwendet und verarbeitet. Die Verarbeitung dieser Daten erfolgt nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Sie werden ausschließlich zum Zweck der Bewertung Ihres Vorschlags, der anschließenden Verwaltung Ihrer Finanzhilfe und gegebenenfalls der Programmüberwachung, -bewertung und -kommunikation verarbeitet. Nähere Einzelheiten: siehe [Datenschutzerklärung des Förder- und Ausschreibungsportals](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/ftp/privacy-statement_en.pdf). |

1. Verordnung (EU) 2021/692 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Einrichtung des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (ABl. L 156 vom 5.5.2021, S. 1). [↑](#footnote-ref-2)
2. [Durchführungsbeschluss C(2021) 2583 final der Kommission vom 19.4.2021 über die Finanzierung des Förderprogramms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ und die Annahme des mehrjährigen Arbeitsprogramms für 2021-2022](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/1_en_annexe_acte_autonome_part1_v8.pdf) [↑](#footnote-ref-3)
3. Artikel 2 EUV [↑](#footnote-ref-4)
4. [Products | Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (europa.eu)](https://fra.europa.eu/en/products/search?pub_type%5B%5D=1289&pri_the%5B%5D=975&pri_the%5B%5D=976&pri_the%5B%5D=977&pri_the%5B%5D=978&pri_the%5B%5D=979&pri_the%5B%5D=980&pri_the%5B%5D=981&pub_by%5B%5D=81&lang%5B%5D=en&combine=&sec_the%5B%5D=975&sec_the%5B%5D=976&sec_the%5B%5D=977&sec_the%5B%5D=978&sec_the%5B%5D=979&sec_the%5B%5D=980&sec_the%5B%5D=981&sec_the%5B%5D=974&hide_pri%5B%5D=974&sort_by=field_fra_published_at_value&sort_order=DESC) [↑](#footnote-ref-5)
5. [Rechtsstaatlichkeitsmechanismus | Europäische Kommission (europa.eu).](https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/upholding-rule-law/rule-law/rule-law-mechanism_en) [↑](#footnote-ref-6)
6. [Jahresbericht über die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union 2021 | Europäische Kommission (europa.eu).](https://ec.europa.eu/info/files/2021-annual-report-application-charter-fundamental-rights_en) [↑](#footnote-ref-7)
7. <https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/eu_citizenship_report_2020_-_empowering_citizens_and_protecting_their_rights_en.pdf> [↑](#footnote-ref-8)
8. [EUR-Lex - 52020DC0790 - DE - EUR-Lex (europa.eu).](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2020%3A790%3AFIN&qid=1607079662423) [↑](#footnote-ref-9)
9. [EUR-Lex - 52020DC0758 - DE - EUR-Lex (europa.eu).](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52020DC0758&qid=1632299185798) [↑](#footnote-ref-10)
10. <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=8376&furtherPubs=yes> [↑](#footnote-ref-11)
11. https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-economic-governance-monitoring-prevention-correction/european-semester\_en [↑](#footnote-ref-12)
12. Organisation der Zivilgesellschaft im Sinne des Portals EUR-Lex. https://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/civil\_society\_organisation.html [↑](#footnote-ref-13)
13. Mitteilung der Kommission COM(2012) 492 „Die Wurzeln der Demokratie und der nachhaltigen Entwicklung“. [↑](#footnote-ref-14)
14. Die zwischengeschaltete Stelle kann ein Konsortium aus mehreren Organisationen sein, siehe Abschnitt 6 Förderfähigkeit. [↑](#footnote-ref-15)
15. Die typische Laufzeit eines Projekts von Dritten beträgt etwa sechs bis zwölf Monate, wobei der Dritte nach Projektabschluss einen Monat Zeit hat, der zwischengeschalteten Stelle seinen Bericht vorzulegen. [↑](#footnote-ref-16)
16. Bei der Gestaltung des Ausbildungsgangs muss der Antragsteller die sozialen Rollen von Frauen und Männern in der Gesellschaft berücksichtigen, damit er für alle leicht zugänglich ist. Da beispielsweise Frauen in der Gesellschaft häufig die Rolle der Hauptbetreuerin von Kindern zugeschrieben wird, kann ein Ausbildungsgang, der bis 18.30 Uhr dauert oder an fünf aufeinanderfolgenden Tagen außerhalb des Wohnortes stattfindet, die Teilnahme für Frauen erschweren. [↑](#footnote-ref-17)
17. https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:32018R1046 [↑](#footnote-ref-18)
18. Dies könnte vor oder nach dem Auswahlverfahren, aber vor der Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung erfolgen. In der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen muss klargestellt werden, zu welchem Zeitpunkt dies erfolgen kann und dass die eventuelle Unterzeichnung einer Finanzhilfevereinbarung von dieser Due-Diligence-Prüfung abhängig gemacht werden kann, einschließlich der Anforderung zusätzlicher Informationen, um die Transparenz zu erleichtern. Das Verfahren könnte eine Überprüfung der Online-Präsenz der zivilgesellschaftlichen Organisationen, einschließlich ihrer Social-Media-Kanäle und der Social-Media-Kanäle ihrer wichtigsten Mitarbeiter und ihrer Treuhänder/Vorstandsmitglieder, sowie die Überprüfung anderer in ihrem Mitgliedstaat verfügbarer Quellen, einschließlich Tätigkeitsberichte, staatlicher Register usw., sowie die Aufnahme eines Dialogs mit der betreffenden Organisation umfassen. [↑](#footnote-ref-19)
19. Siehe Artikel 197 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU, Euratom) [2018/1046](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:32018R1046&qid=1535046024012) (EU-Haushaltsordnung). [↑](#footnote-ref-20)
20. Begriffsbestimmungen: siehe Artikel 187 Absatz 2 und Artikel 197 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU, Euratom) [2018/1046](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:32018R1046&qid=1535046024012) (EU-Haushaltsordnung). [↑](#footnote-ref-21)
21. Entfällt bei dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen. [↑](#footnote-ref-22)
22. Hinweis: Die offizielle Liste wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht; im Konfliktfall hat der Inhalt dieser Liste Vorrang vor dem Inhalt des [Sanktionsplans der EU](http://www.sanctionsmap.eu/). [↑](#footnote-ref-23)
23. Leitlinien Nr. [2013/C 205/05](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2013:205:FULL:EN:PDF) der Kommission über die Förderfähigkeit israelischer Einrichtungen und ihrer Tätigkeiten in den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten im Hinblick auf von der EU finanzierte Zuschüsse, Preisgelder und Finanzinstrumente ab 2014 (ABl. C. 205 vom 19.7.2013, S. 9). [↑](#footnote-ref-24)
24. [Non-discrimination mainstreaming– instruments, case studies and the way forwards](http://www.enil.eu/wp-content/uploads/2012/07/Non-discrimination-mainstreaming-instruments-case-studies-way-forward.pdf#:~:text=Non-discrimination%20mainstreaming%20is%20about%20%E2%80%98placing%20equality%20considerations%20at,the%20EU-%20wide%20network%20of%20specialised%20equality%20bodies%29.) (Antidiskriminierungs-Mainstreaming – Instrumente, Fallstudien und der Weg in die Zukunft). [↑](#footnote-ref-25)
25. Siehe Artikel 136 und 141 der Verordnung (EU, Euratom) [2018/1046](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:32018R1046&qid=1535046024012) (EU-Haushaltsordnung). [↑](#footnote-ref-26)
26. Zu beruflichem Fehlverhalten gehören: Verletzung ethischer Berufsstandards, Fehlverhalten mit Auswirkungen auf die berufliche Glaubwürdigkeit, falsche Erklärungen/falsche Darstellung von Informationen, Teilnahme an einem Kartell oder einer anderen Vereinbarung, die den Wettbewerb verzerren, Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums, Versuch der Beeinflussung von Entscheidungsprozessen oder des Erhalts vertraulicher Informationen von staatlichen Behörden, um Vorteile zu erzielen. [↑](#footnote-ref-27)
27. Siehe Artikel 141 der Verordnung (EU, Euratom) [2018/1046](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:32018R1046&qid=1535046024012) (EU-Haushaltsordnung). [↑](#footnote-ref-28)
28. Beschluss [der Kommission](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/unit-cost-decision-volunteers_en.pdf) vom 10. April 2019 zur Genehmigung der Heranziehung von Kosten je Einheit für die Geltendmachung von Personalkosten für die im Rahmen einer Maßnahme oder eines Arbeitsprogramms von Freiwilligen geleistete Arbeit (C(2019)2646). [↑](#footnote-ref-29)
29. Beschluss [der Kommission](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/unit-cost-decision-travel_en.pdf) vom 12. Januar 2021, wonach die Verwendung von Kosten je Einheit für Reise, Unterkunft und Aufenthalt im Rahmen einer Maßnahme oder eines Arbeitsprogramms gemäß dem mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2021–2027 zulässig ist (C(2021)35). [↑](#footnote-ref-30)